Sommer 2014

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Politik schrumpft – Wirtschaft wächst

Europa ist kein Kontinent des Friedens

Westliche Werte Weichgespült

Hartz IV - Opfer

Vergessen und ohne Lobby

Zum Schämen

Kein Mindestlohn für Langzeitarbeitslose

MALTA

Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

Mo	09:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	15:00	Frauen - Treff (Berliner Platz 29)
	16:00 - 19:30	PC - Schulung
	19:30 - 21:00	Filmabend, jeden 1. Mo. im Monat
Di	10:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	14:00 - 16:00	Ideenschmiede
	16:00 - 18:00	Offener Treff
Mi	09:00 - 10:00	Forum Plus
	10:00 - 12:00	Schreibwerkstatt (14-tägig, SPERRE-Büro, Berliner Platz 8)
	10:00 - 12:00	Der Pflanzendoktor
	12:00 - 14:00	Teamsitzung
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	17:30	MALTA – Chor
Do	10:00 - 12:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen (nur für Frauen)
	12:00 - 16:00	Allgemeine Beratung
	16:00 - 18:00	Kreativ - AG
	18:00 - 20:00	Französisch - Kurs
Fr	10:30 - 13:30	Offenes Frühstück
	13:30 - 16:00	Offener Treff
	10:30 - 13:30	Deutsch - Kurs (nach Anmeldung)
	13:30 - 16:00	Spanisch - Kurs

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

Editorial

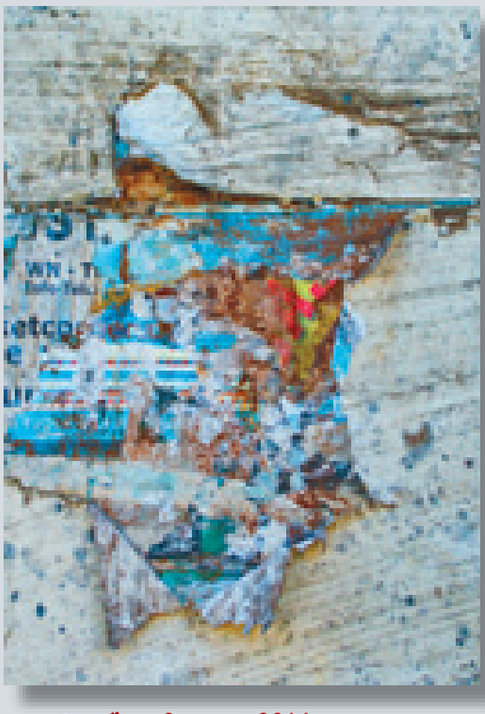
Drohnen sind im Moment echt in, nicht nur beim us-amerikanischen Militär. Der Online-Versandriese „Amazon“ testet zum Beispiel gerade, wie es mit Hilfe von Drohnen Pakete ausliefern kann. Da die Dinger jedoch ab und zu noch abstürzen, dürfen sie bis jetzt nicht eingesetzt werden. Sie sollten sich aber nicht wundern, wenn irgendwann in naher Zukunft ein metallener Vogel an ihre Balkontür klopft und „Zalando“ pfeift.

Drohnen werden unser Leben nachhaltig verändern. Stellen Sie sich doch nur die Romantik vor, wenn wir mit unserem Liebsten oder unserer Liebsten in einer Sommernacht entzückt das Firmament betrachten und von links fliegt eine Drohne ins Bild, die eine Pizzaschachtel zum Nachbarn transportiert. Einmal Tonno, einmal Salami, das erkennen wir am Geruch, der an uns vorbeizieht. Der Himmel wird voll sein mit kleinen Rosinenbombern, die Kisten Bier, Essen vom Chinese-Takeaway oder Briefe transportieren. Vielleicht bringen sie in Storchengröße dereinst sogar die Kinder. Adebars aus Aluminium.

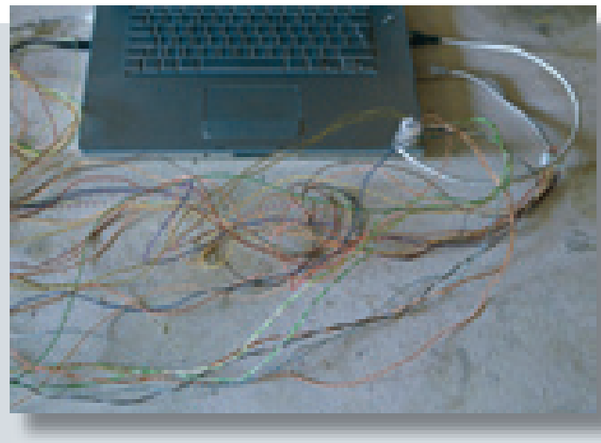
Manche Drohnen sind schon jetzt so klein, dass wir sie leicht mit einer Mücke oder Fliege verwechseln können. Für diese Modelle interessieren sich natürlich vor allem die Geheimdienste und andere Stalker. Die kleinen Plagegeister werden sich in der Gartenwirtschaft auf unseren Apfelkuchen setzen und uns aus kalten metallenen Augen anstarren. Sie werden, wie die Mücken ums Licht, um unsere Köpfe schwirren, wenn wir abends gemütlich mit Bekannten auf dem Balkon sitzen und die Lage im Nahen Osten erörtern. Die Biester werden über unseren Grill kreisen, um nachzuschauen, welches Fleisch wir brutzeln. Ist es Schwein, sind wir aus dem Schneider, Lamm hingegen macht uns verdächtig.

Doch zum Glück sind wir nicht hilflos. Ich für meinen Teil werde Klebestreifen an die Decke befestigen und mir eine Fliegenklatsche aus Maschendraht besorgen. Gut möglich, dass ein findiges Start-Up-Unternehmen sogar ein Spray erfindet, dass nicht nur gegen Fliegen und Wespen hilft, sondern auch gegen Drohnen aus Metall.

Ihr Gerrit Hoekman



spe^r^re_Sommer 2014



6 Demokratiemangel

Die Presse muss die Freiheit haben alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben alles zu tun. Dies ist ein demokratisches Gut. Doch um den Zustand der Demokratie ist es nicht gut bestellt. Ob Abhörskandal, Ukrainekonflikt, in Aussicht gestelltes Freihandelsabkommen oder das Erstarken rechter Kräfte bei der Europawahl, die Defizite entwickeln sich zur Dauerkrise.

TITEL

CHRISTOPH THELIGMANN
6 Demokratie adieu
Geschichte wiederholt sich nicht, sie reimt sich

ZUM LEBEN ZU WENIG

GERRIT HOEKMAN
12 In keiner Statistik
Hartz IV-Bezieher sind Opfer des Lebens

DONATA GODLEWSKA
14 Akademisches Geblubber
Unsere Politiker sind ein sprachliches Wunder und Rätsel

NORBERT ATTERMEYER
16 Das Märchen ...
... vom Fachkräftemangel

BALKO KLATTMOR

ARNOLD VOSKAMP
18 Vom Regen in die
Traufe

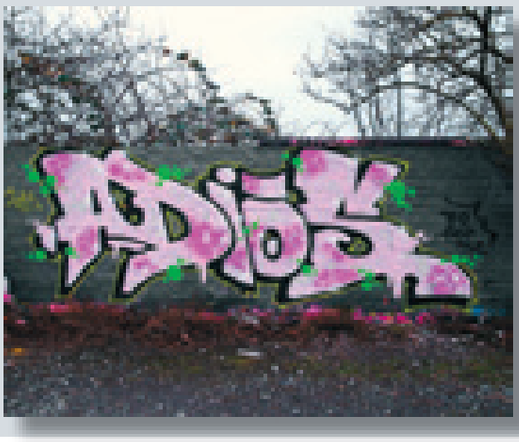
MALTA SEITE

BEATE HÄHN, HEINZ ANNAS, NORBERT ATTERMEYER, ARNOLD VOSKAMP
20 Sind wir Schmuddelkinder?
Mindestlohn nicht für Dauerarbeitslose

Westliche Werte Weichgespült

22 Amazon – Gefährlicher Bücherwurm im Netz

Umsonst gibt es den Käse nur in der Mausefalle, lehrt uns ein russisches Sprichwort. Schwingt sich ein Händler zum Alleinherrscher auf, kann er alles kontrollieren, Preise, Arbeitsbedingungen, Produktauswahl ...



Objekt: Georg Harting

24 Die Schraube immer weiter drehen

Krieg und Verfolgung lassen vielen Menschen keine andere Wahl als die Flucht. Deutschland hat eine äußerst einengende Entscheidungspraxis in Asylverfahren. Doch selbst die ist für den Gesetzesgeber noch zu mild.

ARBEIT & SOZIALES

GERRIT HOEKMAN

21 Nicht passgenau am Arbeitsplatz

Diskriminierende Körperwelten

GERRIT HOEKMAN

22 Einer gegen alle

In der Amazonwelt ist alles Markt

NORBERT ATTERMEYER

24 SPEERE Interview

Völker Hügel (GGUA) zur Flüchtlingspolitik

GLOSSE

ARNOLD VOSKAMP

27 Sanktionsgeeignet

Wohnungssuchende gehören ins Hartz IV-System

KULT-TOUR

GDONATA GODLEWSKA

28 Gegen Verflachung und Monotonie

Münster braucht eine vielfältige Kulturszene

NICHT SPERRIG

KURTS MELDUNGEN

30 Kurzberichte

Unabhängige Patientenberatung Deutschland / Verwaltungsvereinfachung? / Mit Sucht allein / Droht dem Bürgerfunk das Aus? / Reform der Leistungen für Asylbewerber / Teure Kommunikation

ALLES WAS GUT IST

MELDUNGEN, DIE FROH MACHEN

34 Don't worry, be happy

Tipps zur Wohnungssuche / Fast umsonst / Ein Bonbon von der Krankenkasse / Stromspar-Check

ALLES WAS RECHT IST

MELDUNGEN, DIE FROH MACHEN

37 Urteile

Prozesskosten vom Jobcenter / Leistungen trotz Jugendarrest / Längenmaß / Jobcenter muss psychische Behinderung in Rechnung stellen / Hausarzt im Urlaub / Übernahme der Unterkunftskosten / Wortprotokoll im Jobcenter

39 IMPRESSUM

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Thema: Müssen Arbeitslose vorzeitig in die Rente gehen?
Wann: Mittwoch, 15. Oktober 2014 von 10-12 Uhr
Wo: Im cuba-Veranstaltungsraum „Black Box" (barrierefreier Zugang)
Referent: Georg van Vorst (Jobcenter Münster)

Westliche Werte Weichgespült

Das europäische Projekt ist zu Beginn vom Geist der Aufklärung inspiriert gewesen. Doch derzeit erleben wir eine breite Geistesströmung der Gegenaufklärung. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sind rechtsextreme und ausländerfeindliche Parteien in vielen EU-Ländern durch den Wählerwillen gestärkt worden. Das unverzeihliche Verhalten Amerikas, seine „Freunde“ bis in die letzten Winkel auszuspähen – sozusagen ihre ganz spezielle Sicht vom Begriff Aufklärung –, sowie die Strategie weltweit tätiger Großunternehmen, ihre Wirtschaftsinteressen rücksichtslos durchzusetzen, Stichwort Freihandelsabkommen („TTIP“): Das sind nur zwei Beispiele, wie zerbrechlich unsere demokratisch verfasste Sozialordnung ist. Vielleicht erleben wir ja gerade eine Umkehr in der europäischen Nachkriegsgeschichte seit 1945. Der griechische Philosoph Platon sagte, man steige nie zweimal in dasselbe Wasser des Flusses. Gewiss hingegen ist die momentane Abtragung universalistischer Werte, auf denen die westliche Demokratie beruht.

DEMOKRATIE IST ALLES ANDERE ALS SELBSTVERSTÄNDLICH

von Christoph Theligmann

DAS POLITISCHE WERTEGERÜST DES WESTENS IST BESCHÄDIGT

Niemals in der Geschichte haben so viele so wenigen so viel verdankt. Dieser Satz ist ein Ausspruch des ehemaligen britischen Regierungschefs Winston Churchills und erinnert an den D-Day (die alliierte Invasion in Frankreich 1944), der sich dieses Jahr zum 70. Mal jährte. Historiker sprechen von einem Brückenkopf der Demokratie, gemeint ist der Beginn vom Ende der Naziherrschaft in Europa.

Seither ist viel Zeit vergangen. Doch es geht um mehr als um Erinnerungen. Es geht um die gegenwärtige Frage nach dem Platz der Demokratie in einer globalisierten Welt. Es ist jene Ordnung, welche die demokratische Alliiertenallianz von ehedem in Westeuropa erst ermöglichte, die des Friedens und der Gesellschaftsform, die viele Menschen heute als selbstverständlich betrachten und wegen ihrer Mängel gering schätzen. Dabei vergessen sie, wie nahe diese Welt einmal dem Untergang war. Nur mit Hilfe der Amerikaner, über die sich die Leute heute so gern moralisch erheben, war es einst möglich gewesen, die vorherrschende Gewaltherrschaft in Europa zu besiegen.

Nun ist Dankbarkeit in der Geschichte ein schlechter Ratgeber. Die Welt wandelt sich und mit ihr die politischen Akteure. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetherrschaft im Osten Europas und der dadurch resultierenden deutschen Wiedervereinigung, hatte die (westliche)Welt einen Augenblick davon geträumt, alle Völker der Welt würden nun mit Hilfe gemeinsamer Institutionen, einem Konzept der kollektiven Sicherheit und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen in weltweiter Eintracht gedeihen. Diese Hoffnung ist in einer Seifenblase zerplatzt – spätestens am 11.09.2011.

Dieses Datum steht auch als Wendepunkt für das Ende der USA als Demokratievorbild und Sinnbild der Freiheit. Die Anschläge des 11.09.2001 haben die USA in Sicherheitsexzesse und in die Missachtung jener Prinzipien von Recht und Freiheit gestürzt, die sie sonst propagieren. Guantanamo, weltweite Entführungen, Drohnenangriffe mit inzwischen Tausenden von Zivilopfern und hemmungsloses Spionieren haben die Überzeugungskraft Amerikas beschädigt.

Auf der anderen Seite des atlantischen Werteraums erweiterte sich die Europäische Union, ohne sich zu vertiefen, das heißt, ohne sich eine substanzielle Struktur zu geben. Eine Annäherung mit Russland scheiterte, die Entfremdung mit den USA schreitet voran. Sinnbildlich dafür steht das aktuelle Ringen um ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und den Ländern der Europäischen Union.

"Unsere Dracula-Strategie: Wenn die Verhandlungstexte ans Licht kommen, dann geht es TTIP wie einem Vampir. Es stirbt."
Susan George, Attac Frankreich

DIE PLANIERRAUPE, DIE DEN UNTERNEHMEN DEN WEG FREI RÄUMEN SOLL

TTIP ist ein Kürzel, welches derzeit heftige Diskussionen auslöst. Es steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership. Gemeint ist das transatlantische Freihandelsabkommen, welches derzeit zwischen den USA und der Europäischen Union in mehreren Verhandlungsrunden unter Ausschluss der Öffentlichkeit konferiert wird und 2015 zum Abschluss kommen soll. Nun sind Freihandelsabkommen per se keine schlechte Sache, geht es dabei doch in der Regel um die Aufhebung von Zöllen und Importverboten. Doch hier sieht die Sache anders aus: TTIP ist ein Vertrag, den das internationale Kapital einseitig zulasten der nationalen Demokratien abschließen will. Um die wahre Absicht zu verbergen, sind die Akteure um strengste Geheimhaltung bemüht und scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Die Verhandlungspositionen sollen auch über 2015 hinaus über Jahre hinter Verschluss gehalten werden. 20.000 Lobbyisten sorgen währenddessen in Brüssel für ein geräuschloses Verhandlungsprozedere und räumen einem unternehmensgenehmen Ergebnis den Weg frei.

Verhandlungsinhalte sind u.a. Arbeit und Soziales, Lebensmittelsicherheit und Kultur. Begonnen hatte die Diskussion in den Medien über Chlorhühnchen, gentechnisch veränderten Mais und andere Übel des amerikanischen Verbraucherrechts, die mit der Unterzeichnung des Vertrages auf den europäischen Markt kommen könnten. Aber es geht um sehr viel mehr.
Es geht um innerstaatliche Gesetze, um Subventionen und Regulierungen, die auf einmal mit dem Makel behaftet werden, einem auswärtigen Investor das Geschäft zu erschweren. Herzstück dieses herzlosen Vorhabens ist der Investitionsschutz. Im kulturellen Bereich wären zum Beispiel die Buchpreisbindung, mit der hier die Verlagsvielfalt geschützt wird, öffentlich geförderte Schauspielhäuser und Theater, die Filmförderung, selbst unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunksender betroffen, insofern auch sie durch staatlich organisierte Gebührenfinanzierung am Leben erhalten werden. Es geht nicht um das für und wider derartiger Subventionen. Es geht um die Nivellierung der einst auf demokratischem Weg zustande gekommenen Entscheidungen. Ein zukünftiger Investor hätte nun automatisch gleichen Anspruch auf Subventionsmittel wie seine Konkurrenten oder einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich vom Staat. Zudem würde er ein Klagerecht gegen den Staat zuge-

standen bekommen. Der Rechtsstreit würde nicht vor einem ordentlichen Gericht entschieden, sondern vor einem wirtschaftsnahen privaten Schiedsgericht. Es wäre die Aushebelung des Rechtstaates.

> *"Unsere Gegner sind nicht die Amerikaner, sondern die globalen Konzerne."*
> **Klaus Staeck, Präsident Akademie der Künste**

Der Vertrag ist keineswegs einseitig zum Vorteil der USA ausgelegt wie immer wieder vermutet wird. Im Gegensatz zur Finanzwirtschaft im europäischen Raum sind beispielsweise die amerikanischen Regeln zur Bankenaufsicht und zur Börsenaufsicht einer strengeren Kontrolle unterzogen. Diese Regeln müssten dann auf Verlangen der europäischen Finanzdienstleister beiseite geschoben werden. Demokratisch legitimierte Institutionen würden insgesamt düpiert, also nicht nur europäische Parlamente, auch der Kongress in Washington, der gerade erst die einheimischen Banken an eine kürzere Leine genommen hatte.
Noch einmal, es handelt sich um einen Vertrag, den das internationale Kapital zulasten der nationalen Demokratien abschließen will. Die Absicht reicht so weit, dass eine getätigte Investition selbst vor zukünftigen(!) Regulierungen abgesichert werden soll. Beschlösse ein nationales Parlament ein Gesetz zum Mindestlohn oder ein Umweltschutzgesetz, welches die Gewinnerwartung des Investors schmälern könnte, müsste der betreffende Staat dem Investor den entgangenen Profit ersetzen. Das wären teure Gesetze, wo der Staat über den Schutz von Bürgern und der Umwelt nach Kassenlage zu entscheiden hätte! Wo die Gesetzesvertreter vor allem die Profite auswärtiger Unternehmer zu berücksichtigen hätten, wäre der Sinn von demokratischen Wahlen null und nichtig. TTIP ist der Putschversuch auf unsere demokratische Grundordnung. Man hat den Eindruck, dass das weltweit agierende Großkapital zur allesentscheidenden Tat schreitet und den in den letzten Jahrzehnten immer stärker von wirtschaftlichen Interessen abhängigen Demokratien den letzten Todesstoß versetzten will.

RECHTE INTERNATIONALE ODER DIE NEUE ACHSE DES AUTORITÄREN

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland glauben, eine neutrale Rolle zwischen dem Westen (den USA) und Russland täte dem Land gut. Amerikas Anziehungskraft ist schwer beschädigt, ein Land, welches die Kunst der Bündnisfähigkeit verlernt hat. Ist die sogenannte Äquidistanz zu den USA und Russland eine Alternative?
Jeder fünfte Bürger in Europa hat rechte oder rechtsextreme Parteien zum Gewinner der Europawahl gemacht. Aggressiv nationalistisch und offen reaktionär sind diese Gruppierungen besessen vom Hass auf die „liberalen Eliten dort oben". Sie sind gegen alles, was sich mit der Vorstellung einer „liberalen Ordnung" verbindet. Allein sind sie nicht. Bekannte Figuren dieser autoritären Internationalen sind die Ministerpräsidenten Erdogan aus der Türkei und Victor Orbán aus dem EU-Mitgliedsland Ungarn.

Der mächtigste Mann dieser schlagenden Verbindung ist jedoch Wladimir Putin. Man muss es leider so sagen: Das derzeitige Russland ist eine (lupenreine) Autokratie, eine Semidiktatur. Die Bestandteile faschistischer Merkmale sind, um den hyperinflationär benutzten Begriff einmal im angemessenen Kontext zu verwenden: ein zugespitzter Nationalismus, der Appell an das Volk, nicht an die Staatsbürger, der Schutz des Russentums, der Rassismus gegen die „Schwarzen" im Kaukasus und andere Minderheiten, der Kult von Gewalt und Mannbarkeit, die Verachtung des Liberalismus, die Polemik gegen westliche Dekadenz und eine Propaganda in den Medien, die nahezu vollständig unter staatliche Kontrolle gebracht wurden. Ja, diese politische Ausrichtung verantwortet der amtierende russische Präsident. Sehr kenntnisreich und empfehlenswert sind deshalb die beiden Bücher: „Der Mann ohne Gesicht" von Masha Gessen und „Die ganze Wahrheit über Putin" von Stanislaw Belkowski.
Die Hinwendung zur Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit, das Bündnis mit der Orthodoxie hin zu einer nationalen russischen Staatskirche, nur zwei Beispiele, die von einem Großteil der deutschen und europäischen Bevölkerung ausgeblendet wird. Putins Politik wird von Sympathisanten hier im Lande gerne und häufig als irgendwie kommunistisch empfunden. Diese Zuneigung für Putin speist sich vor allem aus der Abneigung gegen Amerika. Der Antiamerikanismus wiederum ist das verbindende Glied zur radikalen Rechten in West- und Mitteleuropa.

"Wer Menschenrechte sagt, der will betrügen."
Carl Schmitt, Staatsrechtler

Linksliberales Denken hingegen, welches noch zwischen Demokratie und Kapitalismus unterscheidet, ist allseits diskreditiert. In Amerika als staatsgläubig verschrien, in Russland als dekadent verachtet, steht es inzwischen ganz und gar verloren zwischen den Stühlen. Dabei ist ein „sowohl als auch", der Inbegriff dieser Denkrichtung tendenziell immer konfliktfreier als ein „entweder/oder", welches für ein naives Schwarz-Weiß-Denken, ein Moralisieren nach Gut und Böse und ein einfältiges Freund-Feind-Muster steht. Doch nicht jeder Standpunkt zwischen den Stühlen ist eine Reise nach Jerusalem, einem Ort, der einen in diesen Tagen erneut erstarren lässt und uns im Feuerschein eines zusätzlichen Weltkrisenherdes entgegenblickt.

HEILIGES KANONENROHR!

Am 19. Juni, dieses Jahr der Fronleichnamsfeiertag(!), erschien wie jeden Donnerstag auf „Spiegel-Online" die Wochenkolumne von Jakob Augstein, Schlagzeile: siehe Überschrift. Thematisiert wurden die jüngsten Äußerungen Joachim Gaucks, Deutschland müsse in der Welt mehr Verantwortung übernehmen. Der Bundespräsident meint damit vermehrtes militärisches Engagement. Ein O-Ton des Staatsoberhauptes von Anfang Juni lautete beispielsweise: „Und in diesem Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen." Augstein bringt es auf den Punkt, wenn er den ehemaligen CDU Politiker und heutigen Publizisten Jürgen Todenhöfer erwähnt, der vor einigen Wochen auf seiner Facebook-Seite in einer Fotomontage Gauck als al-Qaida-Chef Aiman al-Sawahiri auftreten ließ und zwar mit folgender Bildunterschrift: „Was haben wir bloß getan, um einen solchen ‚Jihadisten' als Präsidenten zu bekommen?". Vom Vorwurf der Geschmacklosigkeit nimmt Augstein seinen Berufsgenossen mit der Bemerkung in Schutz, die Verteidigung der Menschenrechte sei längst die säkulare Religion des Westens geworden, mir der sich beinahe alles rechtfertigen ließe. Die Einstellung des Bundespräsidenten sei reinste protestantische Selbstgerechtigkeit. Menschlichkeit gehe aber auch anders und so endet der Beitrag mit einem Zitat von Jorge Mario Bergoglio, der Öffentlichkeit besser als Papst Franziskus bekannt: „Damit das System (gemeint ist das Kapitalistische) fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben. Einen dritten Weltkrieg kann man jedoch nicht führen, und so greift man eben zu regionalen Kriegen." (c.t.)

DAS ANDERE EUROPA

Viele der Anti-Europa-Wähler in den europäischen Ländern haben mit ihren antieuropäischen Reflexen keineswegs das Nord-Süd-Wohlstandsgefälle der EU abgebildet. Obwohl die Wirtschaftskrise in Rumänien, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal die schlimmsten Auswüchse zeitigt, schickten diese Länder erheblich weniger Antieuropäer ins Europaparlament als etwa Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Finnland oder die Niederlande.

"Emotional Machine" von Surasi Kusolwong, Thailand, Kunsthalle Münster, 2013"

"Mit der Einführung einer Währung ohne Gesetzgeber und Regierung ist eine Situation entstanden, in der Europa dem ökonomischen Belagerungszustand wehrlos ausgeliefert zu sein scheint."
Hauke Brunkhorst, Soziologe

Offenbar stellten sich also weniger jene Arbeitnehmer gegen Europa, die schon abgestürzt sind oder nicht mehr viel zu verlieren haben. Vielmehr opponieren eher diejenigen, denen es vergleichbar gut geht, die aber um ihren Besitzstand fürchten. Die meisten Gegner der EU finden sich unter den Besitzenden, nicht unter den Krisenopfern. Verwundern muss das nicht, ist die europäische Union doch kein Projekt ihrer Bürger, sondern ihrer politischen und wirtschaftlichen Eliten und Bürokratien.

Der Vorsitzende der spanischen Podemos-Partei, Pablo Iglesias konstatiert: „Es sind Bürger, die Politik machen. Wenn die Bürger sich nicht in die Politik einbringen, werden es andere tun. Und das öffnet die Tür für diejenigen, die uns der Demokratie, der Rechte und des Geldes berauben." Podemos („We can") ist eine neue spanische Organisation, die mit den Aktivisten der „Bewegung der Empörten" in Verbindung steht. Sie bekam bei der Europawahl spontan acht Prozent (5 Sitze im Europäischen Parlament). Sie sind bereits die viertgrößte Partei in Spanien.

„L'Altra Europe" („Das andere Europa") eine linke Liste in Italien wurde erst im Frühjahr 2014 gegründet und erreichte vier Prozent und drei Sitze im EU-Parlament. Die Vereinigte Linke in Slowenien erhielt zwar keinen Sitz im EU-Parlament, schaffte aber aus dem Stand 5,9 Prozent und käme damit bei nationalen Wahlen auf sechs Sitze. Auch sie ist eine Neugründung.

Ist die Zukunft Europas womöglich gar nicht rechts sondern links und basisdemokratisch? Alle diese jungen europäischen linken Parteien nennen die griechische Partei Syriza als ihre Inspirationsquelle. Diese erreichte in Griechenland 26,5 Prozent. Die meisten von ihnen sind aus den Protestbewegungen der vergangenen Jahre inmitten der Eurokrise hervorgegangen. Zu Beginn stand ein Churchill-Zitat und damit soll es am Schluss auch enden. Eine gute Krise darf man niemals verschwenden.

DIE OPFER DER AGENDA

von Gerrit Hoekman

Er wolle sich anzünden, drohte am 22. März ein 50 Jahre alter Mann in Neuss. Direkt vor dem Rathaus. Aus Verzweiflung. Der Obdachlose habe sich ungerecht vom Jobcenter behandelt gefühlt, heißt es. Zum Glück setze er seine Drohung nicht in die Tat um. Die Polizei fand ihn vorher und lieferte ihn in ein Krankenhaus ein. Wie ernst es der Mann mit seinem angekündigten Selbstmord meinte, ist unklar, einen Benzinkanister oder ähnliches hatte er jedenfalls nicht bei sich.

Hätte der Mann sein schreckliches Vorhaben in die Tat umgesetzt, wäre er dann ein Opfer der Hartz-IV-Gesetze geworden? Oder war er vielleicht ganz unabhängig vom Stress mit dem Jobcenter einfach psychisch krank? Viele Hunderttausende sind auf Hartz-IV angewiesen, aber vermutlich nur ein winziger Bruchteil von ihnen denkt daran, sich deshalb in Brand zu stecken. Das Beispiel zeigt, wie schwer es ist, einen kausalen Zusammenhang zwischen Entscheidungen des Jobcenters und dem Tod eines Betroffenen herzustellen.

Mit Hartz-IV ist es wie mit der Atomkraft – wenn man neben einem Meiler wohnt und Leukämie bekommt, kann das mit der Radioaktivität zusammenhängen, muss es aber nicht, denn die Krankheit bricht leider auch dort aus, wo kein AKW in der Nähe steht. Auf die deutschen Sozialgesetze übertragen: Wie viel Schuld trifft das Jobcenter, wenn einer Frau der Strom abgedreht wird und sie kurz darauf in ihrer Wohnung verbrennt, weil sie Kerzen benutzen muss um Licht zu haben, wie es vor einigen Jahren im bayerischen Neumarkt-Sankt Veit passiert ist? Oder war es die eigene Unachtsamkeit?

Die Initiative „Im Gedanken an die Opfer der Agenda 2010“ zieht seit dem Frühjahr mit einem Kreuzweg durch Berlin. Sie stellt auf Plätzen und Straßen der Hauptstadt mobile weiße Kreuze auf, die mit Todesanzeigen versehen sind. Für den 2. September ruft sie zum ersten bundesweiten Gedenktag für die Toten der Schröderschen Sozialgesetze ein. Auf ihrer Homepage dokumentieren die Initiatoren über 40 Sterbefälle, die sie den Hartz-IV-Gesetzen anlasten. Die Kriterien sind allerdings nicht immer einsichtig. Zu den Opfern zählen die Initiatoren zum Beispiel auch ungeborene Kinder, die von ihren Müttern aus finanzieller Not abgetriebenen wurden. Oder auch Obdachlose, die im Winter „beim Platte machen“ auf der Straße erfroren sind, auf der sie schon viele Jahre lebten. Kann hier wirklich ein direkter Zusammenhang mit der Agenda 2010 hergestellt werden?

Natürlich gibt es sie, die Verzweifelten, die an der Armut zerbrechen. Die nicht mehr leben wollen, weil sie die ständigen Geldsorgen langsam zermürben. Die vereinsamen, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen, an der Gesellschaft teilzunehmen. Die sich unnütz fühlen ohne Arbeit und Schluss machen. Wie viele es sind, darüber gibt es keine Statistiken. Leider neigen viele, die sich lobenswerterweise gegen Hartz-IV engagieren, zur maßlosen Übertreibung, was der guten Sache schadet.

„HARTZ-IV EUTHANASIE: Mediziner warnen vor Mangelernährung durch Armut!“, steht in großen Lettern auf einer Homepage im Internet, die von einem offenbar Betroffenen unterhalten wird. Ein Vergleich mit Geschmäckle. Wenn es im Netz um Hartz-IV geht, dann dominieren derbe Sprüche, große Buchstaben und viele, viele Ausrufezeichen. Besonders beliebt sind fragwürdige Analogien zum Dritten Reich. „Warum schreibt ihr nicht gleich an unsere Scheiben: Hier wohnt

„Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durchgesetzt hat.“
Angela Merkel

ein Hartz IV-ler!? Warum verbrennt Ihr nicht gleich die Bücher, die WIR lesen?? Wo baut Ihr die Lager, in die Ihr uns gerne stecken würdet??“

Sanktionen des Jobcenters und Zwangsräumungen sind schrecklich ungerecht, aber die schlechte Behandlung mit der berüchtigten Wannseekonferenz der Nazis zu vergleichen, zeugt von historischer Dummheit. „Was früher die Juden waren, sind heute die Hartz IV Empfänger“, dieser ebenfalls auf einer Homepage von und für Betroffene gefundene Satz zum Fremdschämen ist nicht nur unsäglich blöde, sondern auch gefährlich, weil er die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlost. Sanktionen und Zwangsräumungen können Leben zerstören, aber sie ebnen bestimmt nicht „den Weg in eine neue Diktatur“. Oft stellt sich auch die Frage nach dem weltanschaulichen Hintergrund und der intellektuellen Verfassung der Autoren, wenn etwa zu lesen ist: „Wer glaubt, HARTZ-IV mache vor seiner Wohnungstür HALT... Das glaubte man damals von HIV auch!“

Die Realität braucht keine künstlichen Gesch m0acksverstärker. Da ist das Beispiel einer 62-Jährigen aus Essen, die vor etwas mehr als einem Jahr starb, nur einen Monat nachdem sie ihre Wohnung räumen musste. „Frau K. war schwer krank und hatte mir telefonisch mitgeteilt, dass sie die Wohnungslosigkeit und der Verlust von Möbeln und auch der Nahrungsmittel, die sie als Vorräte eingefroren hatte, schwer belastet“, teilte der Anwalt nach dem Ableben seiner Mandantin mit. Die Stadt habe ihr nach der Räumung einen Platz im Obdachlosenasyl angeboten, den sie aber als unzumutbar abgelehnt habe.

Weder der Gerichtsvollzieher noch die Behörden hätten etwas unternommen, um den Rauswurf aus der Wohnung zu verhindern, erhob der Anwalt schwere Vorwürfe. Die Verstorbene hatte offenbar einen hohen Mietrückstand, seit langem hatte sie Streit mit dem Jobcenter, das die Miete nicht voll übernahm. „Ob die Mietkürzung des Jobcenters der einzige Grund für die Mietrückstände war, weiß ich nicht. Ebenso wenig weiß ich, ob der Tod nur auf die Wohnungsräumung zurückzuführen ist. Grundsätzlich bin ich mir aber sicher, dass der Wohnungsverlust für das Wohlbefinden und die Gesundheit von Frau K. eine erhebliche Verschlechterung darstellte“, erklärte der Advokat.

POLITLINGUISTIK ... ODER VERSTEHEN SIE POLITISCH?

von Donata Godlewska

HÄTTE, HÄTTE ... FAHRRADKETTE!

Vor Monaten, es war die Woche vor den Europawahlen, fragte ich meine Freunde und Familie, wen sie denn von den politischen Kandidaten wählen würden. Am liebsten keinen, meinten die meisten, man versteht ja doch nicht, was diese Politiker reden! Stimmt, dachte ich, es bedarf eines besonderen Studiums, um die vielen Fremdwörter in einem einzigen geäußerten Satz zu verstehen.

Denn selbst bei reinstem Hochdeutsch merkt man erst nach einer Weile, dass hinter den gewählten Äußerungen oft keine handfeste Aussage steht. Wer ein Freund von Bundestagsdebatten, Präsidiumssitzungen und Fernsehdiskussionen ist, wird die vielen Darbietungen der jeweiligen Redner „genießen".

Vorbei sind die Zeiten bei dem der Zuhörer schon nach dem 5ten Redner einschläft. Mit gekonnter Rhetorik und gut einstudierter Körpersprache versucht der Vortragskünstler den Zuhörer davon zu überzeugen, dass er selbst glaubt, was er vom Manuskript abliest - welches er oft erst 5 Minuten vor Redeantritt erhält.

Gerade in Zeiten der Wahlen wird die Werbung um den Wähler für den Politiker zum Stress. Die politischen Fachausdrücke fliegen dem Bürger nur so um die Ohren. Jetzt greift auch der aufmerksamste Zuhörer zum Lexikon: Politisch – Deutsch, Deutsch – Politisch.

Und was für ein Wälzer.! Hier müsste doch stehen was eine Legislaturperiode, eine implizierte Thematisierung, Legaldefinition, Konnotation, Neologismus, realistische Diktion, Archaismus oder was sonst noch bedeutet, ja auch partizipieren, dementieren, diffamieren, validieren ... Nur, was ist bloß der Terminus technicus ?

Wohl dem der Latein gelernt hat! Wer weiß wohl, was dieser Satz zu sagen hat:

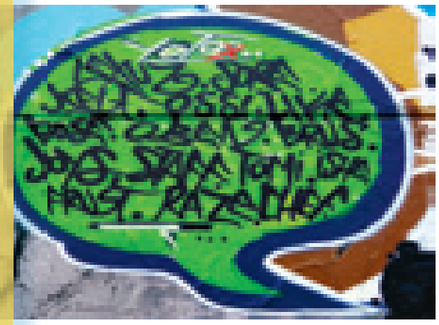
Wir partizipieren um zu demonstrieren, dass wir animieren dies zu akzeptieren ... ja, was möchte dieser Abgeordnete hier sagen?

In diesem unserem Lande wird die Konnotation der Demokratie sporadisch exorbitant eliminiert. Wir fordern daher klare fakultative implizierte Thematisierungen einer kontinuierlichen realistischen Diktion! Somit wird der Neologismus die Richtigkeit der mental gegebenen Definition diese Demokratie reanimieren ...

Die Auflösung können sie uns als Leserbrief mitteilen, die ersten zehn richtigen Antworten gewinnen eine Führung, pardon eine Gestion durch die SPERRE Redaktion.

Hier eine Liste aus dem Politlexikon oder Terminus technicus = Fachwörter:

Legislaturperiode = Wahlperiode der Gesetzesvertretung
Legaldefinition = Beschreibung oder Umschreibung in einem Rechtsbegriff
Konnotation = miteinbezogene Wahrnehmung
Neologismus = Folgerichtigkeit des Denkens
Diktion = Vortrag, Rede
Archaismus = veraltet
partizipieren = teilhaben
dementieren = eine Behauptung oder Nachricht widerrufen
diffamieren = verleumden, verunglimpfen oder in Verruf bringen
validieren = etwas auf Gültigkeit testen oder prüfen
demonstrieren = bekunden, kundtun, zeigen
animieren = anregen, ermuntern, mitreißen
akzeptieren = annehmen, anerkennen
sporadisch = gelegentlich, selten
exorbitant = außerordentlich, gewaltig
eliminieren = ausschalten
fakultativ = nach eigenem Ermessen, nach eigener Wahl
implizieren = einbeziehen
kontinuierlichen = stetig, andauernd, fortlaufend, ununterbrochen
realistisch = sachlich, nüchtern, der Wirklichkeit entsprechend
Definition = genaue Bestimmung eines Begriffes
Thematisierungen = Bestimmung eines Themas
mental = geistig
verbal = mündlich, durch Worte
verifizieren = die Richtigkeit durch Überprüfung bestätigen, beglaubigen



Soweit ein Auszug der beliebtesten Fremdwörter unserer Politiker. Aber auch ohne lateinische Gehirnakrobatik kann der Redner nichts als Worthülsen äußern: Wir fordern ..., man sollte ..., wir könnten ..., man hätte ..., wir würden ..., alles an mehr von Vielem tun, meine Damen und Herren!

Wem schwirrt nicht nach einer Stunde angespannten Zuhörens da der Kopf, aber wer ein Fan seines Bundespräsidenten oder Kanzlers ist, applaudiert trotzdem. Begeistert pflichtet er der hohlen Rede bei und setzt sein Wahlkreuzchen wieder an die gleiche Stelle.

City-Trödel & Pröddel
RAFFELLAND
MÜNSTERS NEUER FLOHMARKTLADEN

Viele schöne und praktische Sachen aus Auflösungen und Ankauf finden Sie bei uns. Schauen Sie rein und fühlen Sie sich wohl!

Wolbeckerstr. 42
48143 Mü ster
Tel.: 0251 6742172

holtabbesenrein@gmx.de

Öffnungszeiten
Dienstag - Freitag:
14:00 - 19:00 Uhr
Samstag
12:00 - 17:00 Uhr

DAS MÄRCHEN VOM FACHKRÄFTEMANGEL IN DEUTSCHLAND

von Norbert Attermeyer

Der allseits beklagte Fachkräftemangel hat sich mit den Jahren zu einer großen Erzählung gemausert. Es gilt mittlerweile schon als Tatsache, dass der Mangel an Fachkräften in Zukunft die deutsche Wirtschaft hart treffen wird. Und der durchschnittliche Copy-and-Paste-Journalist macht sich nicht die Mühe, diese Thesen auch mal zu hinterfragen. Eine löbliche Ausnahme: die ARD am 21.Juli. Gut es war Montag, es war Hochsommer und es war um 22.45 Uhr. Aber immerhin. Und auch eine kurze Recherche im Netz zeigt Erstaunliches. Ergebnis: Beim Thema Fachkräftemangel handelt es sich um ein Märchen.

HIER GEHT'S ZU DEN FAKTEN:

Besonders rührig ist bei diesem Thema der Verband Deutscher Ingenieure VDI. Wenn es darum geht, einen zukünftigen Mangel an Ingenieuren auszumalen, ist er ganz vorne mit dabei. Nur hilft alles lamentieren wenig, wenn die statistischen Zahlen nicht stimmen. Hier hat sich der VDI in Zusammenarbeit mit dem Institut der Wirtschaft Köln einen besonderen Trick ausgedacht. Man multipliziert einfach den Mangel. Und das geht so: Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gibt es momentan für Ingenieure 13.428 offene Stellen. Der VDI multipliziert diese Zahl mit sieben und kommt so auf 94.000 offene Stellen. Wobei er sich die Zahl sieben frei ausgedacht hat. Diese offenen Stellen setzt er in Bezug zu den 22.284 arbeitslos gemeldeten Ingenieuren (die werden nicht mit 7 multipliziert). Und schon haben mir einen Mangel von 68.700 Ingenieuren. Malen mit Zahlen. Der VDI weiß auch welcher Umsatzverlust durch diese fehlenden Ingenieure entsteht, nämlich acht Mrd. Euro. Diverse Verlautbarungen von Mittelstandsvereinigungen kommen sogar auf einen realen Verlust von 30 Mrd. Euro jährlich aufgrund fehlender Fachkräfte. Gleichzeitig steigen und steigen die Unternehmensgewinne. Da passt was nicht zusammen.

Es passt auch nicht ins Bild, dass es auf fünf offene Ingenieursstellen auch schon mal 300 Bewerbungen gibt. Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaft, DIW in Halle: „Die Unis quellen über. Wir werden Probleme haben, gerade die Leute, die gut ausgebildet sind, auf dem Arbeitsmarkt unter zu bringen." Denn die Geschichte vom Fachkräftemangel wird ja schon länger erzählt. Und viele junge Leute vertrau(t)en darauf, dass es stimmt: eine gute fachliche Ausbildung ist ein solides Fundament für die Zukunft. Und viele wachten erst beim Berufsstart wieder auf, als es hieß: mach doch erst mal ein Praktikum.

Die Bundesagentur spricht von Fachkräftemangel, wenn auf eine Stelle nur drei passende Bewerber kommen. Es geht also

nicht um null Fachkräfte, sondern um die Sicherstellung einer möglichst großen Auswahl. Und so trommelt der Chef der Bundesagentur Weise weiter ungerührt zum Thema Mangel: „Es braucht einer gezielten Zuwanderung von denen, die arbeiten wollen und die was können", weiß Herr Weise. Der Statistiker Prof. Dr. Gerd Bosbach sieht das eher nüchtern: „Herr Weise ist ein Interessenvertreter der Arbeitgeber: Schönreden von Arbeitslosenzahlen ... und gleichzeitig Erfüllungsgehilfe dafür, dass wir möglichst viele und möglichst billige Fachkräfte nach Deutschland bekommen."

Und um dies weiterhin zu bewerkstelligen schlägt die wirtschaftliche Logik der Bundesregierung schon mal Kapriolen, wie man am Beispiel des Zuzugs von ausländischen ArbeitnehmerInnen sehen kann: Bisher war es so geregelt, dass eine außereuropäische Spitzenfachkraft (z.B. Ingenieur) mindestens ein Jahresgehalt von 66.000,- Euro nachweisen musste, um in Deutschland einen geregelten Aufenthalt, die so genannte Blue Card zu erhalten. Jetzt reichen schon 32.000,- Euro aus. Eine Veränderung, die für jeden Volks- oder Betriebswirt völlig absurd erscheinen muss. Wenn es einen Mangel an Fachkräften geben würde, dann müssten die Löhne steigen und nicht sinken. Die Gesetze von Angebot und Nachfrage werden hier mal eben auf den Kopf gestellt.

Aber es geht und ging nie um fehlende Fachkräfte, sondern es geht und ging immer um billige Fachkräfte. Und wenn es genügend billige Fachkräfte gibt, dann hat das auch eine direkte Auswirkung auf die Löhne in Deutschland. Eine dämpfende nämlich. Angebot und Nachfrage funktionieren eben doch. Nur jetzt ganz im Sinne der Arbeitgeberseite. Die Löhne in Deutschland stagnieren, die Gewinne sprudeln. Und damit das so bleibt, brauchen wir auch weiterhin das Märchen vom Fachkräftemangel.

Der Vollständigkeit halber: Es gibt einen tatsächlichen Fachkräftemangel im Pflegebereich. Aber dieser Mangel ist hausgemacht. Arbeitsbedingung und Löhne sind in diesem Bereich nahezu skandalös. Hier könnte die Politik mit der Festsetzung von Standards viel bewegen. Aber hat sie auch den Mut dazu?

Andrea Nahles wurde in der ARD zum Thema Fachkräftemangel befragt. Die vieldeutige Antwort aus dem Arbeitsministerium lautete: „Die Ministerin hat sich bislang noch kein Meinungsbild zum Thema Fachkräftemangel bilden können und wird auch bis Herbst dazu noch keine Position beziehen können." Na dann warten wir mal auf den Winter in der Hoffnung, dass auch mal ganz oben der Groschen fällt ...

DAS RECHT FALSCH ANGEWENDET

von Arnold Voskamp

BALKO KLATTMOR

Balko Klattmor ist eine ausgedachte Person. Die Geschichte aber ist wahr. Jemand anders hat sie so ähnlich erlebt.

Sieben Jahre hatte Balko Klattmor beim Reinigungsunternehmen gearbeitet, gut 30 Stunden in der Woche. Er hatte vier verschiedenen Einsatzstellen, im Schnitt pro Tag drei, mit entsprechenden Fahrzeiten und Lücken zwischen den Einsätzen. Balko hat nicht gemurrt, er hat gedacht, naja, schon sieben Jahre, das ist ordentlich. Dann brachen die beiden größten seiner vier Aufträge weg. Balkos Firma dachte nicht an sieben Jahre, sie kündigte einfach, aus betrieblichen Gründen. Balko gefiel das nicht, er legte auf den Rat einer Freundin beim Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage ein.

Eine Woche vorm Gerichtstermin nimmt die Firma die Kündigung zurück.

Sie bietet ihm eine neue Einsatzstelle, allerdings mit weniger Stunden und schlechteren Bedingungen. Balko akzeptiert. Jedoch läuft der neue Auftrag nicht lange gut. Erneut bekommt Balko einen neuen Einsatzort zugewiesen, inzwischen soll er nur noch 18 Stunden pro Woche putzen. Balko hatte genug von der Firma, die sich einen Dreck schert um den einmal abgeschlossenen Arbeitsvertrag von 30 Stunden. Er sagt seinem Einsatzleiter, das macht er nicht mehr mit, jetzt sei Schluss.

Balko geht zum Arbeitsamt, also zur Arbeitsagentur. Balko wundert sich nicht, dass er erst mal zwölf Wochen Sperrzeit kriegen soll. Später wird er nur wenig Arbeitslosengeld kriegen, weil er ja wenig verdient hat.

Weil Balko keine großen Rücklagen hat, geht er zum Jobcenter. Das Jobcenter fragt alles Mögliche, dann kriegt er Hartz IV – erst mal gekürzt, denn er hat ja selbst seine Arbeit aufgegeben. Seine Vermittlerin im Jobcenter heißt Jobcoach.

„Nur wer noch einen versicherten Job hat oder wer bald einen solchen Job hat oder wer noch Arbeitslosengeld bezieht, braucht den Rentenantrag nicht stellen.“

Sie bietet jedoch keinen neuen Job, sondern schreibt ihm: „Sie sind 63 Jahre alt, dann müssen alle Hartz IV-Bezieher in Rente gehen. Auch wenn Sie wegen vorzeitigem Renteneintritt eine Rentenkürzung bekommen. Nur wer noch einen versicherten Job hat oder wer bald einen solchen Job hat oder wer noch Arbeitslosengeld bezieht, braucht den Antrag nicht stellen. Wenn Sie den Rentenantrag selbst nicht stellen, werden wir das für Sie tun. Also zeigen Sie mir in vier Wochen, dass Sie die Rente beantragt haben.“

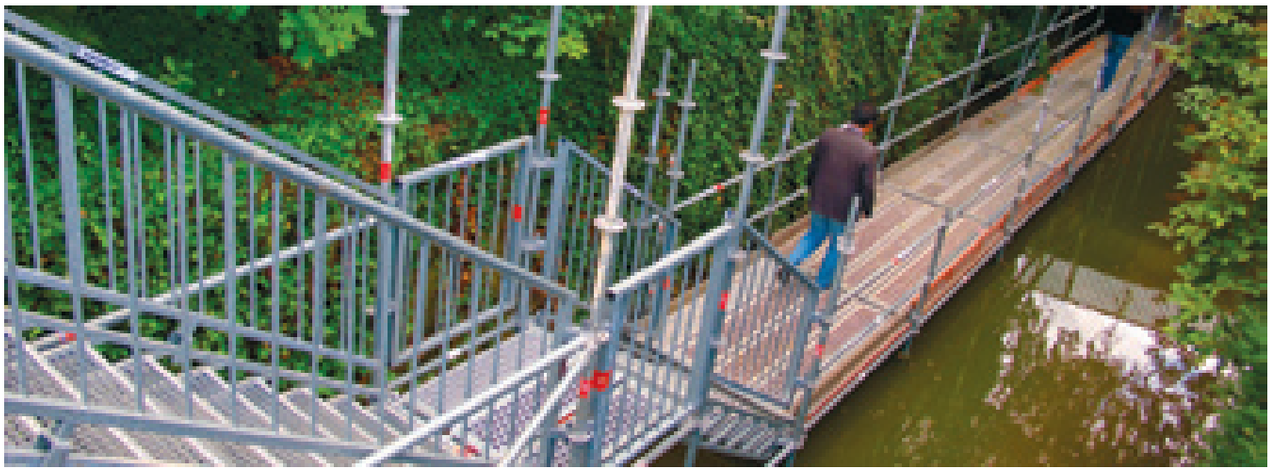
Balko geht zur Rentenkasse und stellt den Rentenantrag. Der Rentenbearbeiter sagt, das komme ihm komisch vor, er solle sich noch mal ordentlichen Rat holen. Balko bleibt dabei, er braucht die Bescheinigung, dass er die Rente beantragt hat. Der Rentenmann sagt ihm noch, er könne den Rentenantrag zurücknehmen, solange es noch keinen Rentenbescheid gibt. Balko geht zum Jobcenter und zeigt die Bescheinigung vor.

Mit 63 müssen nicht alle Hartz-IV Bezieher in Rente gehen

Aber der Zweifel nagt. Er sucht sich jemanden, der besser Amtsdeutsch kann als er selbst. Gemeinsam lesen sie noch mal, was die Jobcoach geschrieben hat: „Nur wer noch einen versicherten Job hat oder wer bald einen solchen Job hat oder wer noch Arbeitslosengeld bezieht, braucht den Rentenantrag nicht stellen.“ Diesen Satz schrieb die Jobcoach, ohne ihn zu verstehen, auch Balko las ihn zunächst ohne Verstand. Jetzt versteht er. Er schreibt der Rentenkasse und dem Jobcenter, dass er den Rentenantrag zurücknimmt, weil er ja Arbeitslosengeld bekommt. Dann kramt Balko gleich noch den alten Sperrzeitbescheid heraus. Ob der denn auch wohl nicht ganz in Ordnung war? Balko und der Freund suchen und sie finden. Nicht Balko hat den Arbeitsvertrag gekündigt, sondern das Reinigungsunternehmen hat ihm mit den gekürzten Arbeitszeiten eine Änderungskündigung ausgesprochen.

Weder er selbst noch der Sachbearbeiter im Amt kannte sich damit aus. Den neuen kleineren Lohn muss Balko nicht akzeptieren. Er darf ablehnen, und die Arbeitsagentur darf Balko nicht dafür bestrafen, dass er die willkürliche Verschlechterung des Arbeitsvertrages nicht hinnimmt. Balko beantragt auch die Rücknahme der Sperrzeit, weil die Arbeitsagentur das Recht falsch angewendet hat.

KEINE AUSNAHMEN VOM MINDESTLOHN! AUCH NICHT FÜR LANGZEITARBEITSLOSE!



von Beate Hähn, Heinz Annas, Norbert Attermeyer, Arnold Voskamp

Der Mindestlohn als Thema war in den vergangenen Ausgaben der SPERRE regelmäßig vertreten. An der letzten Maikundgebung hatte sich das MALTA mit einem Beitrag zum Mindestlohn beteiligt.

In manchen Arbeitgeberverbänden und auch in der Regierungskoalition sind eine Reihe von Lobbyisten und Politikern mit einem allgemeinen Mindestlohn nicht einverstanden. Sie rufen nach Ausnahmen, beispielsweise für Langzeitarbeitslose. In den ersten sechs Monaten solle für sie der Mindestlohn nicht gelten, damit diese nicht durch zu hohe Löhne in ihrer beruflichen Eingliederung gehindert werden. Eine Brücke in den Arbeitsmarkt solle das sein.

Wir fragen: Brücke wohin?

Der Arbeitsmarkt bietet viel zu wenige offene Arbeitsplätze, um alle Arbeitslose aufzunehmen. Knapp 450. 000 offene Stellen auf 3 Millionen Arbeitslose plus 1 Million versteckte Unterbeschäftigte meldet die Bundesagentur für Arbeit im April.

„Kennen Sie Monopoly? Da hat irgendwann ein Spieler alles Geld und gewinnt. Aber dann ist das Spiel auch vorbei, weil die anderen pleite sind. In der Wirklichkeit ist so ein Modell sehr gefährlich.“
Nick Hanauer, Risikokapitalgeber und Verfechter eines Mindestlohnes von 17,- Dollar in den USA

„Aktuell haben wir keinen Mindestlohn und die Vermittlungszahlen Langzeitarbeitsloser sind trotzdem lausig. Wer wirklich etwas für eine bessere Integration der rund eine Million Langzeitarbeitslosen tun will, muss bei den Unterstützungs-, Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen ansetzen.“ (Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer Paritätischer Wohlfahrtsverband)

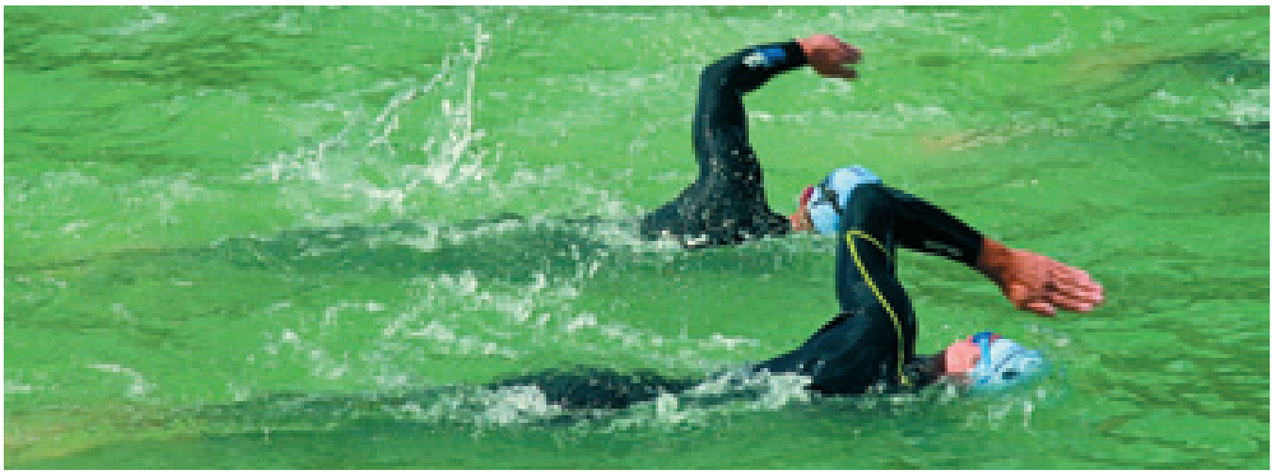
Es ist unwürdig, wenn Wirtschaftspolitiker Langzeitarbeitslosen nicht nur für 6 Monate einen existenzsichernden Lohn verweigern, sondern das auch noch als „Brücke“ in den Arbeitsmarkt beschönigen. Dabei ist die Politik auch schon mal lernfähig:

„Wir brauchen soziale Standards, was Arbeitsschutz und Mindestlöhne betrifft!“

(G. Müller, CSU, Entwicklungsminister zu Bedingungen beim Import von Kleidung)

Mit der geforderten Ausnahme werden Arbeitgeber eingeladen, befristete Arbeitsverträge von sechs Monaten zu weniger als dem Mindestlohn abzuschließen und danach den nächsten Betroffenen einzustellen – unter Androhung der Sanktionen vom Jobcenter. Das ergibt einen Drehtüreffekt und keine berufliche Eingliederung. Wenn ein Arbeitgeber nicht mal den Mindestlohn zahlen kann, dann ist er als gescheitert zu betrachten. Er braucht keine künstliche Beatmung durch Hartz IV und Billiglohn.

IM JETZIGEN ZUSTAND SIND SIE KEIN VORZEIGBARES BEISPIEL



BEWERBUNG ABGELEHNT

von Gerrit Hoekman

1,70 Meter, 83 Kilo, Kleidergröße 42 – eigentlich eine recht durchschnittliche Statur für eine Frau von 42 Jahren. Eine Klägerin aus der Nähe von Kassel glaubt, dass sie trotzdem den Job bei einer gemeinnützigen Gesundheitsorganisation nicht bekam, weil sie angeblich zu dick sei.

Foto: Maike Sammet

Die Klägerin hatte sich 2012 bei dem Verein als Geschäftsführerin beworben. Das Bewerbungsgespräch fand bei der Zweiten Vorsitzenden zuhause statt, es gab Mittagessen, Nudeln mit Pesto. Am Ende vereinbarten die Frauen ein zweites Gespräch mit dem ganzen Vorstand.

Dazu kam es allerdings nicht mehr. Kurz nach dem Gespräch schickte die Zweite Vorsitzende eine Mail, in der sie wissen wollte, was dazu geführt habe, dass die Bewerberin kein Normalgewicht habe. „Im jetzigen Zustand wären Sie natürlich kein vorzeigbares Beispiel und würden unsere Empfehlungen für Ernährung und Sport konterkarieren." Der Verein frage sich, warum eine „gutaussehende Frau mit tollen Fähigkeiten und Ideen figurmäßig derartig entgleist". Wer beim Essen keine Disziplin halte, schaffe das auch bei der Arbeit nicht, legte der Vorstand am Telefon angeblich noch nach.

Die Frau fühlte sich in ihrer Würde verletzt und klagte vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt. Sie fordert eine Entschädigung von 30.000 Euro. Mit der Qualifikation habe ihre Ablehnung nichts zu tun gehabt, es sei ausschließlich um das Aussehen gegangen. „Meine Mandantin wurde in eklatanter Weise in ihrer Menschenwürde angegriffen", so der Anwalt der Frau. Das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbiete es Arbeitgebern, Menschen wegen ihrer Herkunft, dem Geschlecht, dem Alter oder wegen einer Behinderung zu benachteiligen. In diesem Fall sei das Übergewicht wie eine Behinderung zu bewerten.

Die Richter in Darmstadt wiesen die Klage jedoch zurück. Der Verein sei gemeinnützig und habe keine Gewinnabsicht. Rücklagen seien nicht vorhanden. Außerdem setzte er sein Geld ein, um Kranken zu helfen. Darüber hinaus stehe nicht zweifelsfrei fest, dass die Frau abgelehnt worden sei, weil sie Übergewicht habe. Zumal ein Arbeitgeber durchaus auch das äußere Erscheinungsbild als Kriterium benutzen dürfe. Das Gericht war auch nicht der Meinung, dass die Frau so dick sei, dass von einer Behinderung die Rede sein könne. Das Gleichbehandlungsgesetz greife deshalb nicht.

Es kommt immer wieder vor, dass Bewerber aufgrund von Äußerlichem abgelehnt werden, oft zurecht. Anfang Juni gewann zum Beispiel die Bundespolizei vor dem Verwaltungsgericht in Darmstadt gegen eine Klägerin, die auf ihrem Unterarm auf Französisch „Bitte bezwinge mich" tätowiert hat. Der Richter lehnten die Klage ab, weil das Tattoo in heiklen Situationen im Außendienst Gewalt provozieren könnte. Die Bewerbung abzulehnen, sei deshalb in Ordnung.

DAS HÄLT DIE WIRTSCHAFT AM LAUFEN

von Gerrit Hoekman

DER VERSANDRIESE AMAZON STELLT DIE BESCHÄFTIGTEN WEITGEHEND RECHTLOS

Es ist so einfach, so bequem: Ins Nebenzimmer gehen, vor den Computer setzen, im Internet einen Versandhandel aufrufen, bestellen. Fertig. Die Biographie von Lukas Podolski, Windeln fürs Baby und die Herztabletten für Opa, Eichenschränke, Einbauküchen und von der indigenen Bevölkerung in Tahiti geschnitzte Einbäume – wer lange genug sucht, kann so ziemlich alles online kaufen.

Das Beste aber: Aufgrund der riesigen Mengen, die große Versandhandel umsetzen, ist die Ware oft auch noch billiger als beim Einzelhändler in der City. Die schöne neue Konsumwelt im Netz ist ein Paradies für Menschenscheue, Pfennigfuchser und Couch-Kartoffeln.

MIESE ARBEITSBEDINGUNGEN

Manche wissen es vielleicht gar nicht, andere verdrängen es einfach – den umwerfenden Service und die niedrigen Preise des Internetversandhandels bezahlen die Arbeitnehmer. Mit Hungerlöhnen und miesen Arbeitsverträgen. Die Gewerkschaft hat die Internetkaufhäuser deshalb schon lange im Visier. Im Juni streikte Verdi erneut mehrere Tage lang an vier Standorten des Online-Giganten Amazon, angeblich ein besonders schwarzes Schaf in der Branche, was Lohn und Arbeitsklima an.

„Die willkürliche und einseitige Festlegung von Löhnen und Arbeitsbedingungen und die Vielzahl befristeter Arbeitsverträge stellt die Beschäftigten weitgehend rechtlos“, rechtfertigt Stefanie Nutzenberger, Vorstandsmitglied bei Verdi, die neuerliche Arbeitsniederlegung. Amazon orientiert sich bei der Bezahlung seiner rund 9000 Beschäftigten an den Löhnen, die in der Logistikbranche gezahlt werden. Die Gewerkschaft hingegen fordert einen Tarifvertrag, der am Einzel- und Versandhandel angepasst ist und den Mitarbeitern ein höheres Gehalt bescheren würde. Der Konzern lehnt das bislang kategorisch ab.

ELF EURO AM STAMMSITZ IN SEATTLE

Besser geht es den Angestellten am Stammsitz in Seattle, USA. Dort können sich die Arbeiter demnächst über eine saftige Gehaltserhöhung freuen. Der Stadtrat der Metropole an der Westküste hat nämlich neulich beschlossen, einen Mindestlohn von 15 Dollar einzuführen, umgerechnet elf Euro. Sechs Dollar mehr als Präsident Barak Obama landesweit fordert. Das Thema war zentral im Kommunalwahlkampf in Seattle, nun hat die Stadt neuerdings eine sozialistische Bürgermeisterin und einen eigenen Mindestlohn.

Doch die Sozialisten alleine hätten den Mindestlohn kaum durchsetzen können, es brauchte schon eine breite Bürgerbewegung, die weit über die Grenzen der Linken hinausging. Zum Beispiel Nick Hanauer. Der erfolgreiche Geschäftsmann und Multi-Millionär war Anfang der 1990er einer der ersten Anteilhaber bei Amazon und hat die Konzernführung zehn Jahre lang beraten. Hanauer unterstützt die Demokratische Partei von Barak Obama. Fünf Millionen Dollar hat er angeblich bereits in die Wahlkämpfe der Demokraten gepumpt.

Für die Notwendigkeit eines Mindestlohns hat er ein einfaches Beispiel – Monopoly. „Dort hat am Ende ein Spieler alles und die anderen sind bankrott. Das Spiel ist dann aber leider vorbei“, erklärte er unlängst in einem Bericht des ARD-Morgenmagazins. „Im Spiel mag das lustig sein, aber im echten Leben ist das gefährlich.“ Arbeiter müssten mehr Geld bekommen, damit sie mehr Geld ausgeben können. „Das hält die Wirtschaft am Laufen“, sagte Hanauer. „Haben die Arbeiter kein Geld, dann hat die Geschäftswelt keine Kunden“, bringt er das Problem in einem Artikel für Bloomberg auf einen einfachen Nenner. Das sei ein fundamentales Gesetz des Kapitalismus, findet der Millionär. „In einem kapitalistischen System, führt wachsende Ungleichheit zu einer Todesspirale aufgrund der sinkenden Nachfrage, die alle mit hinunterzieht.“ Hanauer sieht die Millionen Niedriglöhner in den USA mit den Augen eines nüchternen Kapitalisten, „als Käufer, die gepflegt werden müssen und nicht als Kosten, die zu verringern sind.“

GEWERKSCHAFT MIT BESONDERER STRATEGIE

Bei Amazon in Deutschland ist die Belegschaft gespalten. Rund tausend Arbeiter haben ein Bekenntnis unterschrieben, in der sie sich gegen das schlechte Image der Firma wehren. Amazon bezahle mehr als viele andere Versandhändler in der Branche.

„Die neun Lager von Amazon stehen in strukturschwachen Gegenden wie dem Nordosten Hessens. Hier ist erst einmal jeder Arbeitsplatz willkommen“, stellt „Die Zeit“ fest.

Die Gewerkschaft hat sich deshalb für den Internetriesen eine besondere Strategie ausgedacht. Sie legt es nicht auf die große Auseinandersetzung an, sondern setzt auf Zermürbung. Sie streikt mal hier, mal dort. Die Konsequenzen sind dennoch erheblich. Anfang Juni blieben alleine in der Versandstation in Leipzig in einer Woche über 20.000 Päckchen liegen, behauptet Verdi. „Der Kunde bekommt das nur indirekt mit, weil sein Buch oder die DVD im schlimmsten Fall einfach nur später geliefert wird. Ob dies am Streik liegt oder weil die Ware schlicht gerade nicht auf Lager ist, erfährt er nicht“, schreibt „Die Zeit“.

Fatal für das Ruck-Zuck-Image von Amazon. Unzufriedene Besteller kann das Unternehmen am allerwenigsten gebrauchen. Im Kundenforum diskutieren die Käufer bereits verärgert die längeren Lieferzeiten. „Mir ist es auch schon aufgefallen, dass Prime-Artikel immer öfter erst 1-2 Tage nach dem angekündigten Datum (normalerweise Folgetag) geliefert werden, obwohl ich Prime Kunde bin“, postet einer. Andere vermuten, dass sie genau zu dieser Prime-Mitgliedschaft gezwungen werden sollen. Einen Zusammenhang mit den Streiks sieht niemand.

Das Management sieht diese Entwicklung ungerne, davon ist auszugehen. Die Geschäftsidee lebt von der Schnelligkeit. Dauert es eine Woche oder mehr bis die Kunden die Ware in Händen halten, kaufen sie womöglich bald wieder in der City. Deshalb ist Amazon den Gewerkschaften bereits entgegengekommen, zahlt inzwischen Weihnachtsgeld. Doch Verdi will mehr, Ziel ist ein komplett neuer Tarifvertrag. Sozusagen als Pilotprojekt für kleinere Online-Händler, beispielsweise Zalando. Ist die Bastion Amazon erst geschliffen, fallen auch die anderen in der Branche um wie Dominosteine, so die Überlegung der Gewerkschaft.

AMAZON SETZT VERLAGE UNTER DRUCK

Unterdessen führen die kleinen Buchverlage in Deutschland einen anderen Kampf gegen Amazon. Der Buchverkauf war einst das Kerngeschäft, mit dem die Erfolgsgeschichte des Unternehmens begonnen hat. Heute zwingt Amazon die Verlage erhebliche Rabatte von bis zu 50 Prozent zu gewähren. Wer nicht strammsteht, dessen Ware werde später ausgeliefert, so die Anschuldigung einiger kleiner Verlage. Amazon nutze seine Macht am Markt schamlos aus. Wer als Autor nicht bei dem Versandhandel vorkomme, habe quasi nie ein Buch geschrieben. Letztes Jahr hat der Verleger Christopher Schroer die Konsequenz gezogen und sich von Amazon verabschiedet. Er spricht in seinem Kündigungsschreiben von Schikanen. Unter anderem würden gerade erst ausgelieferte Titel als Mängelexemplare angeboten. Einige andere sind ihm inzwischen gefolgt.

50 MILLIONEN MENSCHEN SIND WELTWEIT AUF DER FLUCHT

UND 0,4 PROZENT (120.000) KOMMEN NACH DEUTSCHLAND

Das Bundesinnenministerium plant ein neues Asylrecht: „Dieser Gesetzentwurf ist das Schärfste und das Schäbigste, was einem deutschen Ministerium seit der Änderung des Asylgrundrechts vor 21 Jahren eingefallen ist“, so die Süddeutsche Zeitung zum „Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Was ist dran an den Vorwürfen? Sieht so die neue Willkommenskultur in Deutschland aus: Bei Ankunft Haft? Wir sprachen mit Volker Maria Hügel, Vorstandsmitglied von Pro Asyl und der GGUA Flüchtlingshilfe.

Volker Maria Hügel

SPERRE: Herr Hügel, das Bundesinnerministerium plant ein neues Gesetz zum Asylrecht. Welche Planungen gibt es dort und was kommt da auf die Menschen zu?

HÜGEL: Also, zunächst einmal handelt es sich hier um einen Referentenentwurf und nicht um einen Gesetzesentwurf. Dennoch, es bleibt ein Griff in die Giftküche. Und der Einschätzung der Süddeutschen Zeitung kann man nur voll und ganz zustimmen.

SPERRE: Auch ein Referentenentwurf kann schnell zur Gesetzesvorlage werden. Wie ist Ihr Einblick, sprich wie sehen die Details aus?

HÜGEL: Man will zwar einerseits eine stichtagsfreie Bleiberechtsregelung einführen. Was eine Erleichterung wäre für Menschen, die hier oft schon jahrelang leben und arbeiten. Auf der anderen Seite sorgt man aber gleichzeitig dafür, dass zukünftig niemand mehr unter diese Regelung fällt.

SPERRE: Also eine Zäsur, die verschärft in die Zukunft weist. Wie funktioniert das im Konkreten?

HÜGEL: Es gibt zwei Bereiche, die dies deutlich machen. Zum einen gibt es neue Haftgründe, zum Beispiel die „Sicherungshaft zur Sicherung der Abschiebung“. Diese Abschiebungshaft soll in Zukunft möglich sein, wenn erhebliche Fluchtgefahr besteht. Und „Erhebliche Fluchtgefahr“ wird mal eben völlig neu definiert: Wer unter die sogenannte „Dublin-Verordnung“ fällt, von dem geht erhebliche Fluchtgefahr aus. Das heißt, wer schon einmal einen Fuß in ein anderes EU-Land gesetzt hat, kann direkt in Abschiebehaft genommen werden. Und wir wissen, dass Länder wie Griechenland, Italien, Rumänien, Malta, Bulgarien, Ungarn oder Polen erhebliche Mängel in ihren Asylverfahren haben. Zum Teil bedeutet es, dass Leben im Asyl in diesen Staaten ein Leben im Knast ist. Und es ist leider auch so, dass auch anerkannte Flüchtlinge zum Teil dort in Obdachlosigkeit und ohne jede Leistung leben müssen. Und wenn dann Menschen weiter wandern, weil die Bedingungen für sie so furchtbar sind, hat Deutschland das neue Recht aufgrund der Dublin-Verordnung, die Türe zu zuschlagen und die Betroffenen in Haft zu nehmen.

Foto: Bernd Schwabe (Wikimedia Commons)

SPERRE: In diesem Zusammenhang werden Aufenthalts- und Einreiseverbote diskutiert. Was können Sie uns dazu sagen?

HÜGEL: Das ist nicht ganz einfach zu verstehen, perfide sozusagen. Dies soll dann möglich sein, wenn jemand innerhalb der gesetzten Ausreisefrist nicht ausgereist ist. Beispiel: Nach einem negativen Asylverfahren habe ich eine Ausreisefrist von vier Wochen. Ist diese Frist verstrichen - beispielsweise weil es keine Reisedokumente gibt, weil Menschen nicht reisefähig sind, weil Kinder hier noch zur Schule gehen oder aus beliebig vielen anderen Gründen – kann eine Aufenthalts- und Einreisesperre verhängt werden. Und das bedeutet, dass die Bleiberechtsregelungen nicht mehr greifen, weil ich nicht mehr hier sein darf. Und wenn ich nicht mehr hier sein darf, kann ich inhaftiert werden. Aus Sicht derjenigen, die gerne inhaftieren ist das Ganze ein Rundum-Sorglos-Paket. Mit Humanität hat das nichts zu tun.

SPERRE: Ich denke an Menschenrechtskonventionen und frage mich, wie so eine Regelung mit humanitären Rechtsgrundsätzen vereinbar sein kann.

HÜGEL: Ja, dieses Vorhaben steht im Widerspruch zur „Dublin –Verordnung“ und deren Rückführungsregelung, die in den EU-Staaten eigentlich vorschreibt, wie eine Rückführung durchzuführen ist. Für eine Rückführung bedarf es einer Rückkehrentscheidung der Ausländerbehörde. In der Rückführungsrichtlinie steht nämlich genau drin, dass es eine Definition geben muss für eine erhebliche Fluchtgefahr. Unter „Dublin“ zu fallen oder nicht rechtzeitig ausgereist zu sein, ist jedenfalls nicht einer dieser Gründe. Das heißt der Referentenentwurf ist im Bereich Haft und im Bereich Einreise und Aufenthaltsverbote europarechtswidrig.

SPERRE: Positiv ist aber doch die vorab diskutierte stichtagsfreie Bleiberechtsregelung. Zumindest hier gibt es eine Erleichterung.

Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter.
Johann Wolfgang von Goethe

HÜGEL: Nicht so ganz. In der alten Regelung war der Bezug von Wohngeld unschädlich. Das heißt durch Bezug von Wohngeld war der Aufenthalt nicht gefährdet. Im jetzigen Entwurf ist dies nicht mehr so. Außerdem: Bisher war es so, dass, wenn jemand sich strafbar gemacht hatte und das Strafmaß im Rahmen von 50 Tagessätzen bei „normalen" Straftaten und 90 Tagessätzen bei Straftaten, die nur von Ausländern begangen werden können - z.B. Verstöße gegen die Residenzpflicht oder sonstige Auflagen - blieb, eine Aufenthaltsbeendigung nicht vollzogen wurde. In Zukunft ist es schon schädlich, wenn es ein öffentliches Ausreiseinteresse gibt.

SPERRE: Beim Begriff öffentliches Interesse sträuben sich ja die Haare. Heißt das, erst wird Stimmung gemacht und dann eine Umfrage gestartet? Ist das nicht ein offenes Scheunentor für zusätzliche Ausweisungen?

HÜGEL: Richtig. Es deutet einiges darauf hin, dass es eine neue Systematik geben soll im Bereich der Ausweisungen. Was es heute bereits gibt, ist die so genannte Ermessens-Ausweisung. Das sind Ausweisungen bei längerer Obdachlosigkeit, bei Bezug von Sozialhilfe, oder wenn man zu den Hass-Predigern gezählt wird. Bis hin zur Ist-Ausweisung bei Freiheitsstrafen von mindestens als drei Jahren. In diesen Fällen hat die Ausländerbehörde kein Ermessen mehr, sie muss ausweisen. Was jetzt auffällt ist, dass eine Menge der Gründe, die bisher unter dem Ermessen der Behörde stehen, bereits so schwerwiegend sein sollen, dass eine direkte Ausweisung die Folge wäre.

SPERRE: Das klingt nach einer am Fundament werkelnden Neuausrichtung der Asylgesetzgebung. Hier werden die Grundsätze nach dem „Law and order" – Prinzip ausgerichtet.

HÜGEL: Genau. Hier wird das Aufenthaltsbeendigungssystem auf ganz neue Füße gestellt. Man erweitert die Möglichkeiten, um Menschen mit rechtmäßigem Aufenthalt rausschmeißen zu können. Und man erweitert die Möglichkeiten des Rauswurfs für Menschen, die im Asylverfahren gescheitert sind - man verhängt für sie zusätzlich ein Einreise- und Aufenthaltsverbot. Die Richtung, in die das Ganze zielen soll ist eindeutig. Und man kann das auch ganz böse sagen: Das ist auch Antiziganismus pur, denn es soll vor allem die Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten treffen. Ergänzt wird das dadurch, dass die Länder Bosnien, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsländer erklärt werden. Das ist eine grobe Unverschämtheit was da passiert. In der Praxis läuft das ja bereits seit 2012, dass Roma-Flüchtlinge im Asylverfahren völlig chancenlos sind, obwohl es immer wieder ganz deutlich wird, dass die Menschenrechte der Roma gerade in diesen als sicher eingestuften Herkunftsländern aufs äußerste verletzt werden.

SPERRE: Das sind schlechte Nachrichten, die Sie uns da mitteilen. Für die betroffenen Menschen sind sie lebensbedrohlich. Was ist Ihr Fazit?

HÜGEL: Ich habe den Eindruck, dass dieser Referentenentwurf die späte Rache für Hans Peter Friedrich ist. Alles was man ausländerrechtlich in der Giftküche vorfinden kann ist in diese Referentenentwürfe eingeflossen.

Es wird, wenn das 1 zu 1 um- gesetzt wird, keine Möglichkeit mehr geben, in Ausländerbehörden zu einigermaßen humanitären, gerechten Lösungen zu kommen. Und das ist meiner Meinung nach der eigentliche Skandal. Es wird die UN-Kinderrechtskonvention missachtet, es wird die Verfassung missachtet, es wird Europarecht missachtet. Ich hoffe das war Politgetöse und es ist keineswegs Absicht der großen Koalition, diese Form von Unrecht zu produzieren. Dieser Referentenentwurf jedenfalls gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Das Interview führte Norbert Attermeyer.

SPRACHLOS e.K.
DOLMETSCHER- UND ÜBERSETZUNGSBÜRO FÜR ALLE SPRACHEN
Wir dolmetschen für Sie seit mehr als 25 Jahren:
• bei Ämtern und Behörden
• in Kindertagesstätten und Schulen
• in Krankenhäusern und bei Ärzten
• bei Gerichtsverhandlungen
• bei der Polizei
• bei Konferenzen und Tagungen
• bei Anwälten und Notaren
Augustastr. 29, 48153 Münster
Telefon: 0251 - 974 54 97
E-Mail: info@sprachlos-ms.de
www.sprachlos-ms.de

HAUPTSACHE WOHNEN

von | Arnold Voskamp

Auf den ersten Blick überrascht die neue Wohnungspolitik der Bundesregierung. Die unbefriedigend erscheinende Wohnungssituation soll künftig mit den gleichen Mitteln betrachtet werden wie die Krise am Arbeitsmarkt. Meist stellt sich die Lage dann schon ganz anders dar, z.B. die wirkliche Zahl der Wohnungsuchenden. „Wir werden die oft genannten Probleme neu untersuchen und passgenau an der Stelle anpacken, wo der Markt sie auch lösen kann. Arbeitslosigkeit ist auf diese Weise heute kein Thema mehr, das gleiche wollen wir auch am Wohnungsmarkt erreichen", erklärte dazu der neue Vorsitzende der Bundesagentur für Wohnen, Heimo Husmann. Husmann war bislang Abteilungsleiter der Bundesagentur für Arbeit und Armut.

WOHNUNWILLIG

Gibt es überhaupt Wohnungsmangel? Stimmt die Zahl der Wohnungssuchenden? Für mehrere Gruppen muss das in Zweifel gezogen werden. Während der Teilnahme an Maßnahmen und während der Überprüfung der Wohnbereitschaft können vorgeblich Wohnungsuchende nicht als solche gezählt werden. Auch wer demnächst eine Wohnung sicher hat, sucht nicht mehr, ist also rauszurechnen. Manche tun nur so, als wenn sie wohnen wollen, in Wahrheit sind sie wohnscheu oder wohnunwillig, sie müssen ermittelt und rausgerechnet werden, der ernsthafte Wohnwille ist zu prüfen. Zur Bedarfsklärung soll der, wer weiter eine Wohnung suchen will, jedes halbe Jahr einen Folgeantrag stellen.

Probleme am Wohnungsmarkt haben gerade einzelne soziale Zielgruppen. Sie brauchen spezielle Maßnahmen wie Bewerbungstraining, Wohnprofiling, Wohnvita, Wohnzeugnisse, Assessment Center. Wer da nicht erfolgreich durchgeht, wer nicht in der Lage ist, den Bedürfnissen des Wohnungsmarktes gerecht zu werden, braucht erst mal etwas anderes als eine Wohnung und kann nicht ernsthaft als wohnungssuchend gewertet werden. „Der Wohnberechtigungsschein muss das werden, was sein Name sagt", fordert Husmann.

WOHNPRAKTIKUM

Lebst du noch oder wohnst du schon? Probewohnen, Wohnpraktikum, Wohngelegenheiten, „Ein-Euro-Wohnen" können Einstiegshilfen in den Wohnungsmarkt sein. Langsam an das Wohnen heranführen, z.B. „ein Tag unter der Brücke". Zur Flexibilisierung des Wohnungsmarktes können auch Wohnwagen eingesetzt werden. Die Agentur soll Umschulungen fördern: „Wohnen im Zelt". Manche wollen nur Teilzeitwohnen, Miniwohnen, Nebenwohnen - Vollzeitwohnen ist gar nicht mehr so gewünscht. Auch dafür sind Lösungen möglich und zu schaffen. Dazu Heimo Husmann: „Ein Bett, das kalt wird, ist unrentabel, es kann von mehreren genutzt werden."

Vertreter des Wohnungsmarktes im Beirat der Bundesagentur für Wohnen bestätigen Husmanns Ansatz. „Der Wohnungsmangel insgesamt ist überbewertet. In Wahrheit gibt es doch einen großen Fachmietermangel. Fachmietermangel ist das Thema der Zukunft", erklärt Dr. Butze Makelaar vom europäischen Verband Immobilienwirtschaft. Es gibt laut seiner Statistik viele zumutbare Wohnungen, so viele wie noch nie. Neuere Lösungen wie Mindestwohnen gefährdeten dagegen die Vermietung zumutbarer Wohnungen.

VIELFALT ERHALTEN UND ERMÖGLICHEN!

MÜNSTER, DIE LEBENSWERTESTE STADT BRAUCHT EINE LEBENDIGE UND ABWECHSLUNGSREICHE KUNSTSZENE

von Donata Godlewska

„Eine heiße Luft" sollte in Münsters Geomuseum in der Pferdegasse wehen. Unter diesem Motto fand am 17.Mai 2014 eine offene Podiumsdiskussion zum Thema Kunstförderung statt. Anlass war die Kommunalwahl. Es unterhielten sich die Veranstalter der „Monokultur" mit sechs Podiumsgästen aus Politik und Kultur über den Fortbestand der Münsteraner Kulturszene. Das Medienforum Münster übertrug die gesamte Veranstaltung live über das neu gegründete Web-Radio.

Wer glaubt die Initiative Monokultur ist ein Zusammenschluss der Landwirte, wird nach den ersten Kommentaren merken, dass es sich hier in Wahrheit um eine Vereinigung freier Künstler handelt. Unter dem Titel „Maßnahmen für kulturelle Vielfalt in Münster" fordern die Künstler mehr Unterstützung auch, aber nicht nur, finanzieller Art:

Die erste Forderung: 200.000 € jährlich reichen längst nicht mehr als Unterstützung zur Nachwuchsförderung aus. 300.000 € jährlich wären besser.

Zweitens brauchen die freien Künstler genügend Arbeitsmittel, um arbeiten zu können. Freie Räumlichkeiten und technische Möglichkeiten sollten ausreichend zur Verfügung stehen.

Drittens: Laufende Betriebskosten steigen; Löhne, Energiekosten und andere Sachausgaben werden nicht billiger. Auch hier fordern die Künstler eine automatische Angleichung der Fördermittel um 3% jährlich.

Eine zusätzliche Kulturförderung wäre eine Stiftung, um eine Eigenmittelförderung ins Leben rufen zu können. Durch die Gründung eines Eigenmittelfonds könnte man Projekte und Projektmittel wieder und weiter ermöglichen.

Und zu guter Letzt: Technisch aufwendige Projekte können sehr kostspielig sein. Diese können nicht aus den Eintrittspreisen beglichen werden und daher kommt es oft vor, dass z.B. gute Theaterstücke vorzeitig abgesetzt werden. Um eine Wiederaufnahme von beliebten Stücken zu ermöglichen, brauchen die freien Künstler weitere 40.000 € jährlich – so eine eher konservative Zusatzkostenschätzung.

Zahlreiche Künstler aus Münsters Urgesteinszene, z.B. Titanik, Kleiner Bühnenboden, Cuba Kultur, Freynde und Gaeste, Haverkamp, ... kamen, um über ihre Forderungen zu sprechen.

Auf dem Podium war die Politik vertreten durch:

Dr. Dietmar Erber (CDU, stellvertr. Vorsitzender Kulturausschuss)

Wendela-Beate Vilhjalmsson (SPD Bürgermeisterin, Vorsitzende Kulturausschuss)

Heinrich Götting (FDP, Mitglied Kulturausschuss)

Tim Rohleder (Bündniss90/ Die Grünen/ GAL,Mitglied Kulturausschuss)

Titanick Theater, "Unter Strom"

Rüdiger Sagel (Die Linke, Sprecher des Landesverbandes NRW)
Martin Gutsch (Piratenpartei)

Die Moderation leitete der bekannte Entertainer Adam Riese (bekannt aus der Adam Riese Show, Pumpenhaus).

Die mehrstündige Debatte, in der auch das Publikum mit einbezogen wurde, verhieß kein lindes Lüftchen zu werden. Adam Riese bewies hier, dass er Mann seines Faches ist und lenkte immer wieder geschickt ein.

Wer damit rechnete, dass die freien Künstler Schwierigkeiten beim Durchdrücken ihrer Forderungen bekommen würden, wurde überrascht. Die Parteivertreter waren sich einig, den Künstlern nicht nur in finanzieller Hinsicht zu helfen, sondern ihnen auch Möglichkeiten zu bieten, Hilfen selbst zu kreieren. Fazit: Münster ist eine Kulturstadt und soll auch eine Kulturstadt bleiben.

Sie lobten „Monokultur" für ihre konkret aufgestellten Forderungen und ermutigten sie diese auszubauen und hartnäckig weiter bei den Politikern zu „nerven". Treten die freien Künstler hier offene Türen ein? Alles schön und gut, aber ohne Moos, nix los und woher nehmen und nicht stehlen? Bei Münsters Haushaltsdefizit von 20.000.000 € leichter gesagt als getan!

HIER DIE WICHTIGSTEN E RGEBNISSE DER DISKUSSION:

• Die Kosten, welche die geringste Förderung, die wenigsten Arbeitsräume und Geräte haben, die nicht genutzt werden, diese zur Verfügung zu stellen, stieß einstimmig bei den Politikern auf Zustimmung.

• Forderungen, die mit Kosten verbunden waren (Verdoppelung der jährlichen Zuschüsse, automatische Angleichung der Kosten an die Inflationsrate von 3%, Projektförderung durch jährliche Bezuschussung von 40.000 €), erwiesen sich bei der Diskussion als strittig und schwer umsetzbar.

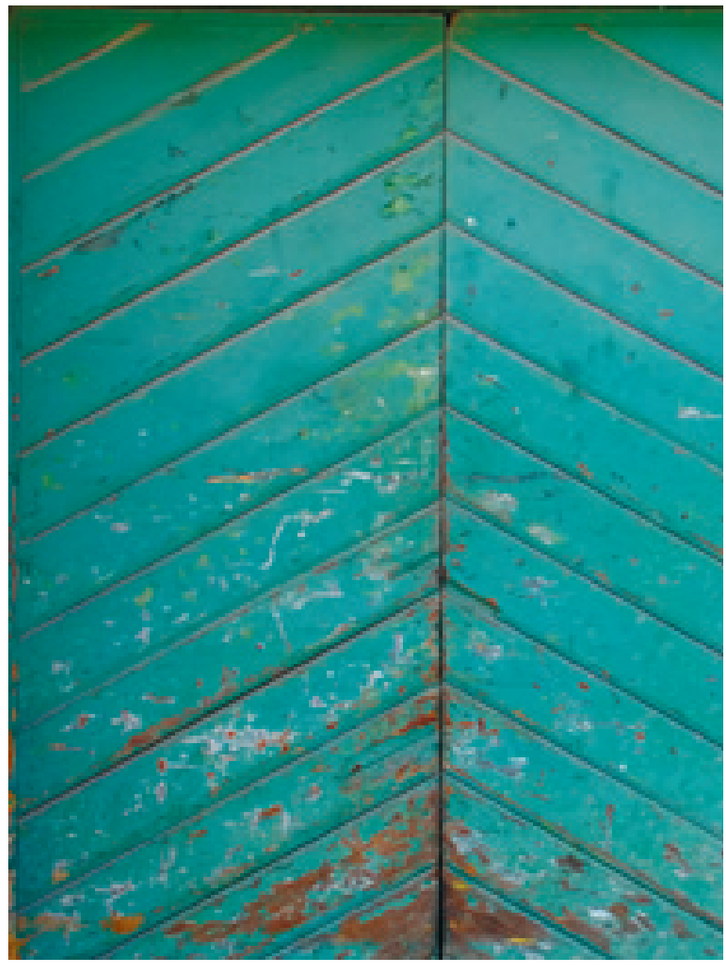
• Es kamen Vorschläge, die Mittel mittels einer Erhöhung der Grund-oder der Gewerbesteuer zu nehmen. Dies fand aber nicht überall Zustimmung.

• Die Idee, die Bettensteuer für Touristen als Einnahmequelle für die Förderung der Münsteraner Kulturszene heranzuziehen, rief mehr Sympathie hervor.

• Für die Umsetzung zur Schaffung eines Eigenmittelfonds kamen den Podiumsgästen noch keine geeigneten Ideen.

Gegen Ende der Sitzung waren sich Volksvertreter, Künstler, Moderator und das Publikum einig: Münsters Kulturszene ist ein wichtiger Teil für die Bildung. Münster muss weiterhin eine schillernde Kulturstadt bleiben! Ja, so viel heiße Luft hat die Gemüter erwärmt. Man darf gespannt sein, wie lange es dauert bis sie sich wieder abkühlt.

Kurzberichte & Meldungen



Unabhängige Patientenberatung Deutschland

Das deutsche Gesundheitswesen ist nicht einfach zu verstehen. Es ist kein einheitliches Bauwerk, sondern mehr wie ein altes Gebäude, an dem viel herumgebaut worden ist, am Fundament, an der Fassade, an den tragenden Teilen, an den Zugangstüren. Gerade in persönlich schwierigen Zeiten stehen wir vor offenen existentiellen Fragen. Welche neutrale Stelle kann mir Fragen zur Behandlung beantworten? Welche Selbsthilfemöglichkeiten habe ich? Bezahlt die Krankenversicherung meinen Behandlungsbedarf? Oder wer sonst? Wer versichert mich nach einer Zeit ohne Versicherungsschutz?

Orientierungshilfen für Patienten und Versicherte gibt seit ein paar Jahren die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) - www.upd-online.de. „Unsere Beratung vermittelt Informationen über das Gesundheitswesen, unterstützt Ratsuchende bei der Bewertung gesundheitsbezogener Informationen und informiert Sie über ihre Rechte“, so die Selbstdarstellung der UPD. Sie berät über ein bundesweites Beratungstelefon sowie über 21 Beratungsstellen in Deutschland, die nächste in Dortmund.

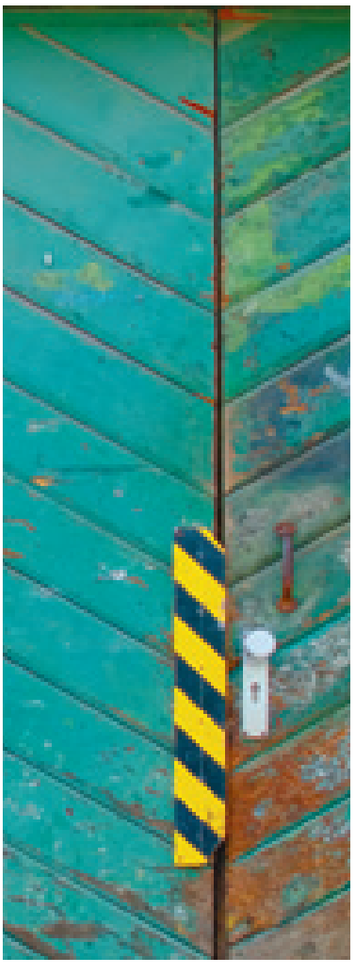
Die UPD meldet sich auch politisch zu Wort, wenn ein Problem das erfordert. So bemängelte sie im Mai beispielsweise, Krankenkassen würden um Krankengeld zu sparen, insbesondere bei seelischen Krankheiten die Krankschreibung anzweifeln und Patienten drängen, wieder arbeiten zu gehen.

Informationen erhalten Sie unabhängig, vertraulich, auch anonym, und (nach dem Eindruck des Schreibers) sehr kompetent. Träger der UPD sind der Sozialverband VdK, der Bundesverband der Verbraucherzentrale und der Verbund unabhängige Patientenberatungen. Bezahlt wird die Arbeit aus unseren Beiträgen bei gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, ohne dass diese aber einen Einfluss auf die Beratung ausüben dürfen. **avo**

Verwaltungsvereinfachung?

Am 21.6.2014 feierte „Tacheles“ seinen 20. Geburtstag. Dazu von hier noch mal herzlichen Glückwunsch. „Tacheles“ stellt seine Bedeutung für die Armutspolitik in Deutschland aktuell wieder deutlich heraus: Zur Zeit läuft unter dem Namen „Rechtsvereinfachung“ eine breit angelegte Gesetzesänderung beim SGB II (Hartz IV). Von Rechtssicherheit im Hartz IV-System kann bislang schon keine Rede sein, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ setzt die willkürlichen Eingriffe fort. Dabei läuft die Entscheidungsvorbereitung hinter verschlossenen Türen, das scheint neues vorherrschendes Prinzip in der Politik zu sein. Tacheles (und natürlich den Informanten aus Politik und Ministerien) ist es zu danken, dass wir diese Ansätze überhaupt mitbekommen.

„Tacheles“ dokumentiert die Vorschläge und dazu die Kommentare aus der Sozialpolitik auf seiner Webseite http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/1417/, so zum Beispiel die Stellungnahme von Prof. Dr. Anne Lenze (Hochschule Darmstadt): „Der Begriff Rechtsvereinfachung kommt ganz unschuldig daher – wer kann schon etwas dagegen haben, dass komplizierte rechtliche Tatbestände oder Rechtspraktiken vereinfacht werden!? Die Erfahrungen der letz-



ten Jahre aber zeigen, dass unter dem Deckmantel von „Vereinfachung“, „Vereinheitlichung“ oder gar „Gleichbehandlung“ häufig Verschlechterungen zu Lasten der Betroffenen durchgesetzt wurden. Schaut man das Potpourri an Veränderungswünschen an, das die Leistungsträger im weitesten Sinn hier zusammengetragen haben, dann lassen sich natürlich Vorschläge finden, die eine „echte“ Vereinfachung zum Gegenstand haben, es sind aber auch etliche Vorschläge zu finden, die das Leistungsrecht komplett verändern würden – leider die meisten zum Nachteil der Betroffenen.“

Die lange Liste der Vorschläge ist mit einem Oberbegriff nicht vollständig zu fassen. Harald Thomé von „Tacheles“ sieht zwei besondere Stoßrichtungen. Zum einen graben verschiedene Vorschläge die Sicherung der Existenz an, speziell über die weitere Begrenzung von Unterkunftskosten. Zweitens schaffen die Vorschläge an verschiedenen Stellen ein Sonderrecht für Arme, das heißt, allgemeine Regeln aus dem Sozialrecht werden für Hartz IV außer Kraft gesetzt.

Für Praktiker aus der Sozialen Arbeit empfiehlt es sich, die auf der „Tacheles“-Webseite dargestellten Einzelvorschläge zu lesen. Über ihre Verbände und andere Kontakte sollten Sie Stellung nehmen, damit die „Rechtsvereinfachung“ nicht zur Fortsetzung des sozialen Kahlschlags führt, sondern tatsächlich zu einer Entlastung der Mühseligen und Beladenen.

P:S: Inzwischen hat die Bundesregierung über eine kleine Bundestagsanfrage der Linken zu den geplanten Änderungen Stellung bezogen: http/:dip21.bundestag.de.dip21.btd.18.016.1801628.pdf. Die anfängliche öffentliche Diskussion hat offensichtlich schon dazu geführt, dass einige Vorschläge zurückgenommen oder verändert wurden. a**vo**

Mit der Sucht allein

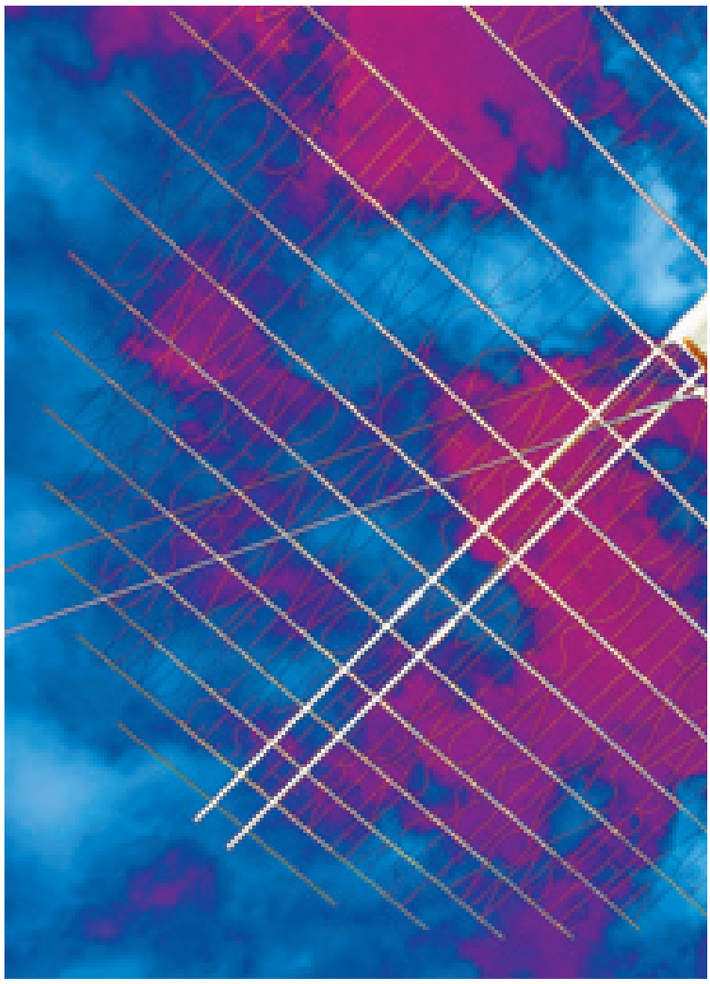
Mehr als eine Millionen Hartz IV-Bezieher sollen 2012 Schulden gehabt haben. Das meldete unlängst der Deutsche Gewerkschaftsbund. Doch nur etwas mehr als 30.000 hätten vom Jobcenter Hilfe erhalten. Das sind weniger als drei Prozent. Auch die angenommenen 450.000 „Kunden“, die ein Suchtproblem haben, stehen alleine. Nur um 9.000 von ihnen kümmerte sich die Behörde. Die Jobcenter würden deutlich mehr fordern als fördern, schlussfolgert der DGB.

Wir sind jederzeit gerne und gut gelaunt für Sie da!
Tel. 0800 - 589 31 41* oder www.viaprinto.de

*Gebührenfrei aus dem dt. Festnetz und allen dt. Mobilfunknetzen.

viaprinto
Erfolg hat schöne Seiten.

Kurzberichte & Meldungen



Droht dem Bürgerfunk das Aus?

Einige Lokalradios strahlten am 16.06.2014 eine Stellungnahme zur aktuellen Novelle des Landesmediengesetzes aus. Darin kommentierten sie die Forderungen der Bürgerfunkinitiativen nach günstigeren Sendezeiten.

Die Sendungen des Bürgerfunkes werden oft erst nach 21:00 Uhr ausgestrahlt, eine Zeit, in der lieber die Fernsehprogramme besucht werden. Die Kommentare äußerten überwiegend Befürworter des Lokalfunks. Es traten an: der Vertreter der Veranstaltergemeinschaften (VLR), ein Vertreter des Journalistenverbandes (DJV) sowie aus der Politik ein Vertreter der FDP. Ganz kurz äußerte ein medienpolitischer Sprecher der Grünen die Forderungen der Bürgerfunkinitiative. Die betroffenen Bürgerfunker selbst kamen nicht zu Wort, obwohl schon ein Vertreter Stellung genommen hatte.

Die Argumente gegen eine günstigere Sendezeit für den Bürgerfunk wären nicht nachvollziehbar: es gäbe Studien, die nachwiesen, dass die Hörer abschalten, wenn der Bürgerfunk gesendet wird, da der Bürgerfunk überwiegend von „Amateuren“ ausgestrahlt werde, sei der Sendestil auch ein anderer. Der Hörer will zwischen 18 und 21 Uhr lieber lokale Nachrichten und Informationen als langatmige Bürgerfunksendungen hören. Man fürchte, dass die Hörer „abwandern“, wenn die Sendeplätze vorverlegt würden.

Es sieht ganz so aus, als wenn man den Bürgerfunk auf das Web- Radio reduzieren will, treue Radio- Bürgerfunkhörer müssten dann auf das Internet ausweichen, das Web-Radio ist aber nur ein Standbein des Bürgerfunks!

Bürgerfunk ist Radio zum Anfassen. Hier ist man nicht auf Profis angewiesen, hier kann der Bürger im Studio Sendungen für den Bürger machen und vor Ort selbst kreieren. Er kann reden „wie ihm der Schnabel gewachsen ist“.

Wie sagt der Volksmund doch so schön: auf einem Bein kann man nicht stehen! Es wäre für die Hörer nützlich, wenn sich Lokalradio und „freie Funker“ einigen könnten. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, denn da wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte. **dg**

Reform der Leistungen für Asylbewerber

AAls inhuman und verfassungswidrig kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die auf Nothilfe und Akutversorgung beschränkte medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland. Der jetzt bekannt gewordene Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes klammere den Bereich der medizinischen Versorgung komplett aus und ignoriere damit die Grundrechte in Deutschland lebender Flüchtlinge.

„Dass Asylbewerbern in unserem Land der Zugang zu vollen medizinischen Leistungen verwehrt wird, ist skandalös. Diese Diskriminierung verstößt gegen das Grundgesetz und geltendes EU-Recht. Es ist ein Gebot der Humanität, eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen, unabhängig von der Herkunft und des Aufenthaltstatus.“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Der vorliegende Gesetzentwurf werde damit den Auflagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom Juli 2012 nicht gerecht.

Aus der Beratungspraxis im Paritätischen werde seit Jahren von Problemen berichtet, wenn es um die Kostenüber-

nahme für Brillen, Hörgeräte oder Zahnbehandlungen, der Behandlung chronischer Erkrankungen bzw. Behinderungen von Leistungsbeziehern des AsylbLG geht. „Insbesondere eine angemessene medizinische Versorgung Traumatisierter oder chronisch Kranker ist nicht gewährleistet“, so der Gesundheitsexperte Rosenbrock. Gerade auch für minderjährige Flüchtlingskinder sei es zentral, dass sie vom ersten Tag an auch psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen könnten.

Geplante Verbesserungen beispielsweise bei der Begrenzung der Bezugsdauer bzw. für einige Zielgruppen, können nach Ansicht des Verbandes nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundsätzliche Missstände nicht behoben werden und eine große Gruppe von Menschen weiterhin von diskriminierenden Einschränkungen betroffen ist. Der Paritätische bekräftigt daher seine Forderung nach einer ersatzlosen Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit die Gleichbehandlung von Asylbewerbern mit Hartz IV- und Sozialhilfebeziehern.

Der Paritätische NRW (http://www.paritaet-nrw.org)

“Was wäre der Mensch ohne Telefon? Ein armes Luder. Was ist er aber mit Telefon? Ein armes Luder.”
Kurt Tucholsky

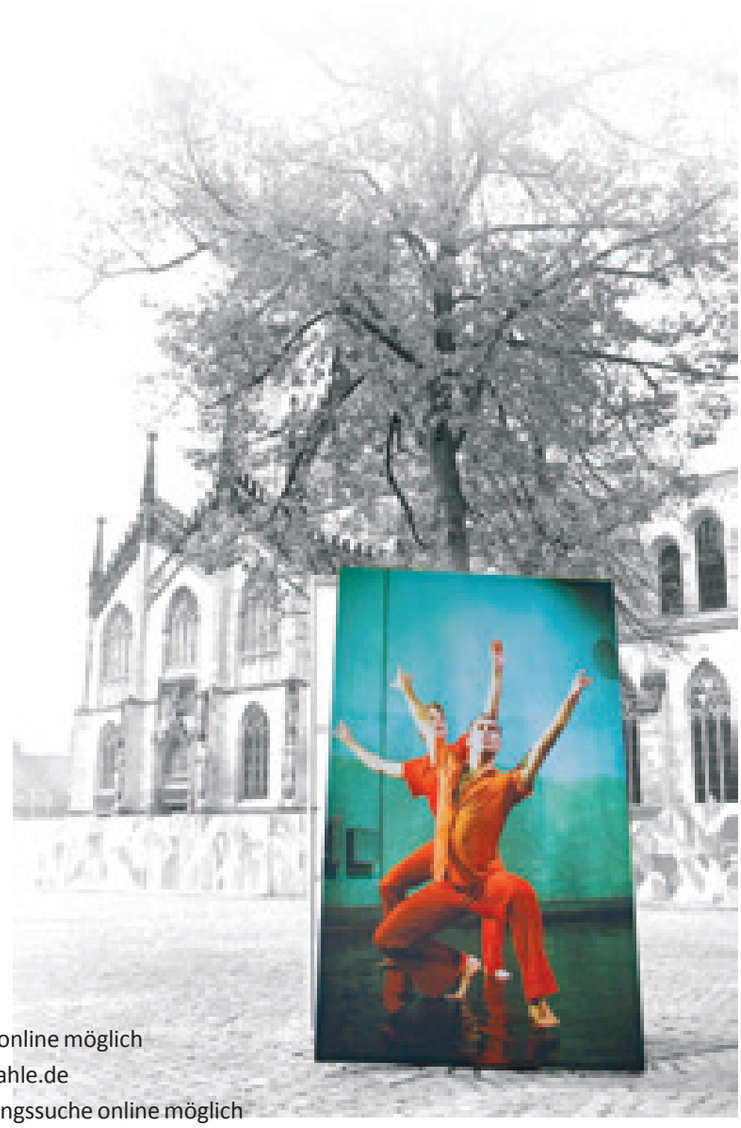
Teure Kommunikation

Junge Leute unter 25 Jahre haben 1.350 Euro Schulden im Schnitt bei den Telefonanbietern in Deutschland. Das teilte im Juni das Statistische Bundesamt mit und beruft sich auf Zahlen der Schuldenberatungen für 2013. Der Betrag entspricht einem Fünftel aller Verbindlichkeiten, die diese Altersgruppe hat oder fast zwei Monatseinkommen. Das ist deutlich mehr als bei Älteren, die den Telefonfirmen „nur“ 850 schulden. In jedem vierten Fall ist Arbeitslosigkeit der Grund für die Überschuldung.

Quelle: Spiegel Online

Tipps zur Wohnungssuche

Die letzte SPERRE hatte über Münsters neue Wohnungspolitik berichtet. Bis sich jedoch die Lage am Wohnungsmarkt entspannt hat, wird selbst die Aa viel Wasser hinunter geflossen sein. Was aber tun, wer schon vorher eine Wohnung sucht?



Aktuelle Angebote aus Zeitungen und Internet:

www.immobilienscout24.de
na dann Wochenschau: http://www.nadann.de/Kleinanzeigen/Rubrik/Biete+Wohnen
Westfälische Nachrichten http://www.wn-immo.de/start.html
Münstersche Zeitung http://www.immomia.de/

Provisionsfreie Anbieter oder Vermittler von Wohnraum:

Bei den folgenden Gesellschaften in Münster (Webseite des Wohnungsamtes Münster, außer „Gagfah") kann man sich um Wohnungen bewerben. Es lohnt sich, nicht nur einmal nachzufragen, es lohnt sich, selbst hinzugehen. Die Bewerberlisten sind lang, wer sich nur einmal sehen lässt und nur seine Adresse hinterlassen hat, wird in der großen Zahl der Bewerber leichter übersehen als einer, der immer mal wieder nachfragt.

Wohn + Stadtbau GmbH: www.wohnstadtbau.de
Angebot von Wohnungen in Münster, Wohnungssuche online möglich
Sahle Baubetreuungsgesellschaft mbH: www.sahle.de
Angebot von Wohnungen in Münster und NRW; Wohnungssuche online möglich
Bauverein Ketteler e.G.: www.bauverein-ketteler.de
Vermietung von Wohnungen in Münster; Voraussetzung ist Mitgliedschaft in der Genossenschaft
Wohnungsverein Münster von 1893 e.G.: www.wohnungsverein-muenster.de
Vermietung von Wohnungen in Münster; Voraussetzung ist Mitgliedschaft in der Genossenschaft
Vivawest Wohnen GmbH: www.vivawest.de
Vermietung von Wohnungen in Münster Nord
WohnSieGer GbR: www.wohnsieger.de
Angebot von Wohnungen in Münster (unter der Rubrik „Mieten")
LEG Wohnen NRW GmbH: www.leg-nrw.de
Vermietung von Wohnungen in Münster sowie in ganz Norddeutschland; Wohnungsanfrage auch online
Hermes-Hausverwaltung-AG: www.hermes-hausverwaltung-ag.de
Vermietung von Wohnungen in Münster-Nord, NRW und weiteren Bundesländern
Gagfah: Stehrweg 27, 48155 Münster, Öffnungszeiten: 3. Mi im Monat 15 - 17 Uhr

Die unteren drei dieser Firmen sind in die Hände von Investoren gelangt, denen vordringlich am Gewinn aus den Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbetriebe gelegen war und ist. Von Mieterverbänden und von Sozialpolitikern wird beklagt, dass diese Firmen ihre Möglichkeiten zur Mieterhöhung bis zur äußersten Grenze und teils darüber hinaus ausreizen, dass sie wenig in die Erhaltung und Sanierung der Wohnungen investieren und dass wenig Wert auf die Pflege von sozialen Beziehungen und Wohnumfeld gelegt wird. Wohnungssuchende kommen dennoch oft nicht an ihnen vorbei.

Ein letzter Tipp:

Dieser letzte Tipp hört sich vielleicht blöd an, ist aber nicht wirkungslos. Nämlich rumerzählen, rumfragen: „Was würden Sie/würdest du mir empfehlen, wie finde ich am besten eine Wohnung?" Manchmal gerät man an jemanden, dessen Nachbarin gerade eine neue Wohnung gefunden hat und einen Nachmieter sucht oder so ähnlich.

Objekt: Wiebke Bartsch

Meldungen, die froh machen

von Arnold Voskamp

Fast umsonst

Münster ist schön. Was in Münsters Allwetterzoo bislang Familientage waren, bieten seit 2014 die „Zootage“, drei mal im Jahr deutlich ermäßigten Eintritt. Mit Münster Pass zahlen Erwachsene 5 Euro und Kinder 2,50 Euro. Das nächste Mal am 30. und 31. August.

Ganz umsonst ist ganz viel Kultur in Münster: Schauraum - die Nacht der Museen und Galerien von 16 bis 24 Uhr, in diesem Jahr am 20.September, http://www.muenster.de/stadt/kulturamt/museumsnacht.html

Die Kunsthalle bietet zeitgenössische Kunst in der obersten Etage des Atelierhauses am Hafenweg 28, http://www.muenster.de/stadt/kunsthalle/index.html

Skulpturen im öffentlichen Raum hat Münster reichlich zu bieten, insbesondere die Skulpturenausstellungen 1977, 1987, 1997 und 2007 haben der Stadt beeindruckende neue Kunst hinterlassen. Attraktiv ist eine Runde am Aasee: für 1 Euro gibt es eine ausführliche Broschüre der Stadt: **http://www.muenster.de/stadt/tourismus/pdf/skulpturen2009_d.pdf**

Heute auf dem Stundenplan:
Schule&Zeitung.

Machen Sie Ihre Schüler zu Leseratten. Mit der Süddeutschen Zeitung. Sechs Wochen lang. Druckfrisch und kostenlos ins Klassenzimmer. Mit speziell entwickeltem Unterrichtsmaterial. Und mit der Sicherheit, die Medien- und Lesekompetenz Ihrer Schüler zu fördern und zu stärken.

Mehr Informationen zu werdenden Leseratten bei Gabriele Knissel, Leiterin Jugendmarketing, Tel. 089/2183-9824.
www.schule-und-zeitung.de

Seien Sie anspruchsvoll.
Süddeutsche Zeitung

Meldungen, die froh machen

Ein Bonbon von der Krankenkasse

Mein Arzt hatte mich drauf angesprochen, als ich zur Früherkennungsuntersuchung bei ihm war. Über ein Bonusprogramm meiner Krankenkasse könnte ich die Teilnahme an Untersuchungen und andere Maßnahmen mit Geld belohnt kriegen. Danke, Doc, jetzt hat die Krankenkasse mir für die letzten 12 Monate 100 Euro überwiesen:

Regelmäßige Zahnkontrolle, Gesundheitscheck, Krebsfrüherkennung, Schutzimpfung, Blutuntersuchung, Gesundheitskurs, aktiver Sport im Verein, Lauftreff , was tut man nicht alles, was der Gesundheit nützt. Was viele aber nicht wissen: das wird sogar mit Geld belohnt. Dafür brauchen Sie ein Bonusheft der Krankenkasse. Schauen Sie auf deren Internetseite und melden Sie sich zum Bonusprogramm an.

Sozialgesetzbuch V: § 65a Bonus für gesundheitsbewusstes Verhalten (1). Die Krankenkasse kann in ihrer Satzung bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Versicherte, die regelmäßig Leistungen zur Früherkennung von Krankheiten nach den §§ 25 und 26 oder qualitätsgesicherte Leistungen der Krankenkasse zur primären Prävention in Anspruch nehmen, Anspruch auf einen Bonus haben, der zusätzlich zu der in § 62 Abs. 1 Satz 2 genannten abgesenkten Belastungsgrenze hinaus zu gewähren ist.

Diesen Bonus rechnet das Jobcenter übrigens nicht als Einkommen an, wenn Sie Hartz IV beziehen (anders als solche Prämien, welche die Krankenkassen bei einem Überschuss ausschütten können).

Weisungen zum Alg II, Anrechnung von Einkommen, Randziffer 11.82:

Prämien, die aufgrund einer guten Wirtschaftslage der Krankenkasse (siehe § 242 Abs. 2 SGB V) an die Versicherten gezahlt werden, sind als einmalige Einnahme anzurechnen, da mit dieser Zahlung die Versicherten ohne weitere Zweckverfolgung an den Überschüssen der Krankenkasse beteiligt werden.

Anders verhält es sich bei Prämien der privaten Versicherungsunternehmen und der gesetzlichen Krankenkassen (vgl. § 53 Abs.2 SGB V) in Form von Beitragsrückerstattungen. Diese Prämienzahlungen sollen ein bestimmtes gesundheitspolitisches Verhalten der Versicherten fördern (keine Inanspruchnahme von Leistungen), sind also zweckbestimmte Einnahmen im Sinne des § 11a Abs. 3 Satz 1.

Gleiches gilt auch für Bonuszahlungen nach § 65 a SGB V, die von den Krankenkassen bei gesundheitsbewusstem Verhalten der Versicherten, z. B. der regelmäßigen Teilnahme an Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten, gewährt werden können.

Es wäre natürlich noch viel schöner gewesen, wenn die Gesundheitspolitik die Krankenkassenleistungen nicht so kompliziert und nicht so eingeschränkt hätte.

Stromspar-Check

Caritas Bundesverband und Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen unterstützen ein Energiesparprogramm für einkommensschwache Menschen. Besonders geschulte Berater überprüfen den Energieverbrauch von Haushalten, geben kostenlos einfache Geräte fürs Energiesparen wie Energiesparbirnen weiter, bis hin zum Zuschuss vom 150 Euro für einen Kühlschrank der A+++ - Klasse. Solche Kühlschränke kosten allerdings etwa 500 Euro, so dass selbst nach Abzug des Zuschusses eine große Liebe zum Stromsparen nötig ist, um eine solche Investition zu tun. Kontakt in Münster: **SKM Stromspar-Check, Tel. 0251-6203349, www.stromspar-check.de**

Absolvent der Kunstakademie Münster. Qiwei Zhang

Prozesskosten vom Jobcenter

Nimmt ein Leistungsempfänger eine geringfügige Beschäftigung auf, darf das Jobcenter nicht ohne weiteres von einem Einkommen von 450 Euro ausgehen. Das entschied das Sozialgericht in Duisburg. Ein Hartz-IV-Empfänger hatte eine Aushilfsstelle als Pizzabote angenommen. Im Arbeitsvertrag war ein Einkommen von bis zu 450 Euro vereinbart. Es stellte sich aber schnell heraus, dass es nicht mehr als 200 Euro werden würden. Das Jobcenter berechnete aber ohne Nachfrage die volle Summe. Nachdem der Leistungsberechtigte dagegen geklagt hatte, korrigierte die Behörde zwar den Bescheid, wollte aber die Anwaltskosten nicht übernehmen. Die Richter waren jedoch der Ansicht, das Jobcenter sei seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen und müsse die Kosten des Verfahrens tragen.

Sozialgericht Duisburg AZ: S 27 AS 1041/14 ER
Quelle: www.gegen-hartz.de

Leistungen trotz Jugendarrest

Ein Heranwachsender, der im Jugendarrest sitzt, verliert nicht seinen Anspruch auf Hartz-IV. Das hat das Sozialgericht in Dresden entschieden. Jugendarrest stelle keine reguläre Freiheitsstrafe dar wie zum Beispiel ein Gefängnisaufenthalt. Der Fall: Ein 19-Jähriger wurde für zwei Wochen zu Jugendarrest in einer stationären Einrichtung verurteilt. Das Jobcenter strich dem jungen Mann, der alleine in einer Wohnung lebt, daraufhin die Leistungen für die Zeit des Arrests, da der Empfänger während dieser Zeit dem Arbeitsmarkt nicht mehr mindestens 15 Stunden die Woche zur Verfügung stehe. Die Richter widersprachen. Jugendarrest sei keine reguläre Freiheitsstrafe sondern ein Zuchtmittel, um an das Ehrgefühl zu appellieren und ihm klarzumachen, dass er für seine Taten gerade stehen müsse, also eine erzieherische Maßnahme, die dazu diene Schwierigkeiten zu bewältigen.

Sozialgericht Dresden, Aktenzeichen: S 7 AS 156/13
Quelle: www.gegen-hartz.de

Urteile & Tipps

Längenmaß

Wie groß müssen Piloten sein? Bei der Lufthansa mindestens 1,65 Meter und höchstens 1,96. Das will eine junge Frau nicht einsehen, sie möchte unbedingt Pilotin werden, auch wenn sie nur 1,60 groß ist. Vor dem Landesarbeitsgericht in Köln versuchte sie nun von der Lufthansa eine Entschädigung in Höhe von 135.000 Euro zu bekommen. Die 19-Jährige fühlt sich aufgrund ihrer Körpergröße diskriminiert, denn beim Auswahlverfahren der Fluggesellschaft hatte sie alle Tests bestanden, war aber dennoch abgelehnt worden. Das berichtet Spiegel Online.

Frauen seien nun mal im Schnitt kleiner als Männer, argumentierte der Anwalt. 40 Prozent aller Frauen über 20 Jahre erreichten keine 1,65 Meter, aber nur vier Prozent aller Männer, bemühte er die Statistik. Es könnten also deutlich weniger Frauen Pilotin werden, was einer Diskriminierung gleichkomme.

Die Richter stimmten der Argumentation grundsätzlich zu, dass die junge Frau aufgrund ihrer Größe diskriminiert werde. Da aber die Mindestgröße im Tarifvertrag festgelegt sei, habe die Lufthansa nicht vorsätzlich gehandelt. Außerdem sei der Klägerin kein finanzieller Schaden entstanden. Im Gegenteil, sie hätte die Ausbildung zum Teil – wie bei der Lufthansa üblich - selbst bezahlen müssen. Deshalb habe eine Entschädigung keine gesetzliche Grundlage. Eine Mindestgröße sei ferner für die Sicherheit nötig. „Wir suchen ja händeringend Bewerber. Jemanden wegen seiner Körpergröße auszusortieren, fällt uns wirklich nicht leicht“, so ein Lufthansa-Sprecher. Die Festlegung sei nicht willkürlich, sondern Ergebnis zahlreicher Tests. Gegen das Urteil ist Revision zum Bundesarbeitsgericht in Erfurt zugelassen.

Landesarbeitsgericht Köln, Aktenzeichen 5 Sa 75/14gen-hartz

Urteile & Tipps

Rookie: www.liquidluck.de

Jobcenter muss psychische Behinderung berücksichtigen

Eine psychisch behinderte Hartz IV-Empfängerin, die nicht zu Terminen des Jobcenters erscheint, muss nicht in jedem Fall Sanktionen fürchten. Das hat das Sozialgericht in Dresden entschieden. Weil eine 36 Jahre alte Frau achtmal innerhalb von fünf Monaten einer Einladung des Jobcenters nicht nachkam, kürzte die Behörde die Leistungen jeweils um 40 Euro monatlich. Die Richter hoben die Sanktionen auf. Die Meldeaufforderungen waren unverhältnismäßig, weil sie den Einzelfall außen vor ließen. Das Jobcenter hätte sich angesichts der Behinderung genauer um die Leistungsbezieherin kümmern müssen und sich nicht auf gewöhnliche Mittel der Massenverwaltung zurückziehen dürfen.

Sozialgericht Dresden, Gerichtsbescheid vom 16.05.2014 - S 12 AS 3729/13
Quelle: www.rechtsindex.de

Hausarzt im Urlaub

Weil sein Hausarzt und auch dessen Vertretung über Weihnachten die Praxis geschlossen hatte, konnte ein Hartz IV-Empfänger dem Jobcenter kein Attest vorlegen über seine Magen-Darm-Erkrankung, die ihn daran gehindert hatte, einen Termin beim Amt wahrzunehmen. Eine nachträglich Krankschreibung, wie vom Jobcenter verlangt, wollte der Arzt nicht ausstellen. Die Behörde kürzte dem Kunden daraufhin die Leistungen.

Das Sozialgericht Gießen hat nun festgestellt, dass nicht in jedem Fall eine Bescheinigung über Arbeitsunfähigkeit vorgelegt werden muss, um vor Sanktionen geschützt zu sein. In Ausnahmefällen könne das Jobcenter darauf verzichten. Ein solcher Fall läge hier vor.

Sozialgericht Leipzig, S 25 AS 1470/12 ER vom 08.06.2012

Oxfam Deutschland

Wir haben es hinter uns: das verflixte 7. Jahr!

Seit August 2005 macht das Münsteraner Oxfam Shop-Team Überflüssiges flüssig.

Einen halben Tag pro Woche setzen sich unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen für eine gute Sache ein: Sie verkaufen guterhaltene, gespendete Waren wie Kleidung, Hausrat, Bücher u.v.a.m.).

Die Erlöse fließen in humanitäre Hilfsprojekte weltweit – informieren Sie sich.

Sie möchten mitarbeiten? Dann rufen Sie an oder kommen Sie im Shop vorbei, wir freuen uns auf Sie!

Oxfam Shop Münster, Alter Fischmarkt 3-5, 48143 Münster ☎ 0251 – 484 35 37
Bus-Haltestelle Altstadt-Süd

www.oxfam.de

Übernahme der Unterkunftskosten

Das Bundessozialgericht (BSG) entschied, dass das Jobcenter spätestens dann zur Übernahme der Unterkunftskosten für eine teurere Wohnung verpflichtet ist, insoweit sich der ALG II Empfänger nach der Übernahme in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis erneut erwerbslos meldet.

Im Rechtsstreit wohnte der ALG Empfänger in einer Wohnung, deren Warmmiete rund 200 Euro betrug. Als er umziehen wollte, versagte ihm das Jobcenter die Kostenübernahme für die neue Wohnung, obwohl deren Warmmiete in Höhe von 330 Euro noch im angemessenen Bereich lag. Dennoch entschied sich der Betroffene zum Umzug und wurde etwas später sogar in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Nachdem er sich wieder als erwerbslos gemeldet hatte, verweigerte ihm das Jobcenter erneut die Kostenübernahme. Die Behörde begründete dies damit, dass es für den Umzug keinen sachgerechten Grund gegeben habe.

Das BSG urteilte nunmehr zugunsten des Leistungsbeziehers. Dem Urteilswortlaut zufolge muss das Jobcenter, insoweit der Erwerbslose aufgrund einer neuen Beschäftigung mindestens einen Monat lang nicht mehr hilfebedürftig gewesen war, bei erneuter ALG II Antragsstellung auch die teureren angemessenen Unterkunftskosten übernehmen, weil dann auch ein neuer Leistungsfall vorliegen würde.

Bundessozialgericht (Az.: B 14 AS 23/13 R).

Quelle: http://www.sozialleistungen.infoQuelle: www.rechtsindex.de

Wortprotokoll im Jobcenter

Kein Anspruch auf Wortprotokoll bei Gesprächen im Jobcenter. Aus einem am 05.03.2014 ergangenen Urteil des Sächsischen Landessozialgerichts (LSG) geht hervor, dass Erwerbslose bei Gesprächen mit ihrem Fallmanager im Jobcenter keinen Anspruch auf eine Niederschrift beziehungsweise Protokollierung jedes einzeln gewechselten Wortes haben.

Ferner verneinte das LSG einen Anspruch von Hilfebedürftigen auf sofortige Aufnahme von qualifizierten Stellenvermittlungen.

Im verhandelten Fall warf ein ALG II Empfänger dem für ihn zuständigen Jobcenter unter anderem Lüge und Untätigkeit vor, weswegen er eine einstweilige Verfügung beantragte, die das Jobcenter zur Protokollierung jedes einzeln gewechselten Wortes verpflichten sollte. Darüber hinaus verlangte der Leistungsbezieher die “sofortige Aufnahme von qualifizierten Stellenvermittlungen” in Form von wöchentlichen Vermittlungsgesprächen.

Dem wollte sich das Gericht jedoch nicht anschließen. So könne aus den gesetzlichen Bestimmungen keine Anspruchsgrundlage auf wöchentliche Vermittlungsgespräche abgeleitet werden. Zudem existiere dem Urteilswortlaut zufolge im Sozialverwaltungsverfahren keine allgemeine Pflicht zur Aufnahme eines Protokolls oder einer Niederschrift und somit keine Pflicht zur Führung eines Wortprotokolls.

Aktenzeichen L3 AS 1883/13 B ER

Quelle: http://www.sozialleistungen.info/news

Impressum

SOMMER 2014

Herausgeber

abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: www.sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres
Heinz Annas
Norbert Attermeyer (noa)
Donata Godlewska (dg)
Gerrit Hoekman (gh)
Christoph Theligmann (c.t.)
(V.i.S.d.P.)
Arnold Voskamp (avo)
Rainer Wunderlich (r.wu.)
(Bildredaktion)

Gestaltung / Layout

Claudia Dana Csiszér

Online

www.sperre-online.de

Rainer Wunderlich

Bildquellen

Rainer Wunderlich (r.wu.),
außer namentlich gekennzeichnete Fotos

Anzeigen/Spenden

Maria Hamers, Ulrich Wieners

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im InnenStadtgebiet Münsters
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Offene Redaktionssitzung

Dienstag 16 - 18h

Nächste Ausgabe

November 2014

Redaktionsschluss

17.10.’14

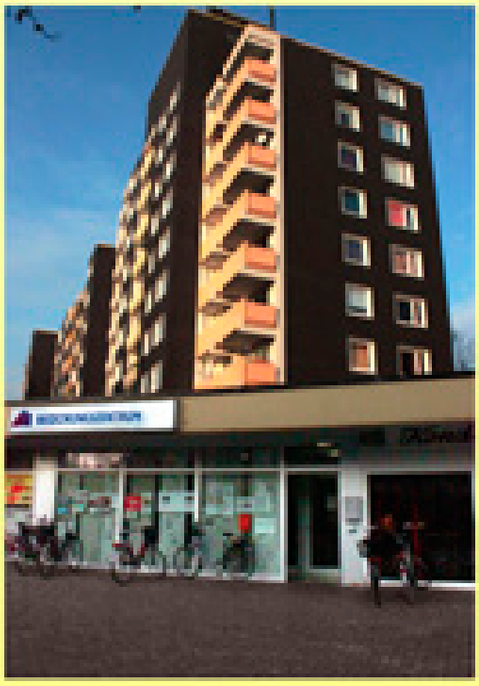
Anzeigenschluss

24.10 ’14

Gefördert von:

Begegnungszentrum Sprickmannstraße e.V.

Stadtteilarbeit in Münster-Kinderhaus – Gemeinsam sind wir stark



Unsere Angebote:

- Arbeitslosenzentrum MS-Nord (zusammen mit KAI)
- Sozialberatung und Unterstützung
- Betreuung gemeinnütziger Arbeit
- Münster-Tafel

- Über 50 interkulturelle Gruppenangebote
- Gemeinschaftliche Bewohnerprojekte
- Selbsthilfeaktivitäten, Offene Treffs, Stadtteilfeste

- Aktive Stadtteilarbeit für bessere Wohnverhältnisse
- Ausgabe von Mieterberatungsscheinen

- Integrationsarbeit vor Ort
- Jugendsozialarbeit, -berufshilfe

- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote für Familien, Ferienprogramme
- Projekt Lesepaten mit der Grundschule West

- Und vieles mehr...

Wir setzen uns aktiv für die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in Münster-Kinderhaus/-Brüninghe de ein. Durch aktive interkulturelle Stadtteilarbeit für Jung und Alt erreichen wir ein gutes Miteinander und ein stabiles Wohnumfeld. Doch im Soziale-Stadt-Gebiet mit der höchsten SGBII-Dichte und Kinderarmut in NRW bleibt weiterhin viel zu tun.

Sprechen Sie uns direkt an, unterstützen Sie unsere Arbeit.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

http://tinyurl.com/bgz-auf-facebook
http://tinyurl.com/bgz-auf-twitter
http://www.bgz-kinderhaus.de

Begegnungszentrum Sprickmannstraße e.V.
Sprickmannplatz 7, 48159 Münster
Fon: 0251-21 69 58
Fax: 0251-8 99 84 96
Email: stadtteilarbeit@bgz-kinderhaus.de

AWO Kreisverband Münster

Anerkannter Träger der Jugendhilfe